

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND IM SÜDKAVKASUS

■ VON DER REDAKTION		
Die Osterpause und danach		2
■ ANALYSE		
Die Beziehungen zwischen Russland und Georgien: Von Konfrontation zu Kooperation?		2
Johannes Wetzinger, Wien		
■ KOMMENTAR		
Die armenisch-russischen Beziehungen. Ein Überblick aus armenischer Sicht		5
Harutyun Grigoryan, Potsdam		
■ STATISTIK		
Die Beziehungen Russlands zu Georgien und Aserbaidschan in Daten		9
■ UMFRAGE		
Die Beziehungen zu Georgien in russischen Umfragen		13
Georgiens Außenpolitik in georgischen Umfragen		15
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Die Debatte um das Verfahren gegen Nadeschda Sawtschenko		16
Sergey Medvedev, Moskau		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
4, nein 1, nein 2 Russland!		18
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
3. – 17. März 2016		21
■ LESEHINWEIS		
Neue Zeitschrift: »Russian Politics«		23

VON DER REDAKTION

Die Osterpause und danach

Die Russlandanalysen gehen für drei Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 7. April. Wir werden uns dann u. a. mit der innenpolitischen Situation in Russland und mit Russlands Rolle in der OSZE befassen. Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und gute Erholung!

Julia Glathe, Sergey Medvedev, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Die Beziehungen zwischen Russland und Georgien: Von Konfrontation zu Kooperation?

Johannes Wetzinger, Wien

Zusammenfassung

Das Verhältnis zwischen Russland und Georgien wurde seit dem Zerfall der Sowjetunion durch eine Reihe von Konflikten geprägt. Den Tiefpunkt bildete dabei ein zwischenstaatlicher Krieg im Jahr 2008. Nach dieser Zuspitzung der Beziehungen zwischen Moskau und Tbilissi in der Amtszeit von Präsident Micheil Saakaschwili folgte jedoch eine überraschende Wende: Mit den Parlamentswahlen im Oktober 2012 gelangte in der Südkaukasusrepublik die Koalition »Georgischer Traum« an die Macht und definierte eine Neuordnung der Beziehungen mit Russland als Ziel. Dieser Beitrag untersucht die bisherigen Ergebnisse dieser Annäherung.

Einleitung

Das Verhältnis zwischen Russland und Georgien war in den vergangenen 25 Jahren immer wieder durch Konflikte bestimmt. Die bilateralen Beziehungen erreichten ihren Tiefpunkt in der Amtszeit von Präsident Micheil Saakaschwili, der von 2004 bis 2013 georgisches Staatsoberhaupt war. Die Spannungen nahmen in dieser Periode deutlich zu und eskalierten im August 2008 in einen offenen Krieg zwischen den beiden Nachbarstaaten. Die politische Führung in Tbilissi hatte versucht, das abtrünnige Gebiet Südossetien militärisch unter zentralstaatliche Kontrolle zu bringen und wurde daraufhin durch eine russische Intervention in die Knie gezwungen. Es folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und eine Eiszeit zwischen Moskau und Tbilissi. Die Chance für eine Neuordnung im zwischenstaatlichen Verhältnis bot schließlich ein überraschender Machtwechsel in der Südkaukasusrepublik: Die von Bidsina Iwanischwili gegründete Koalition »Georgischer Traum« ging siegreich aus den vergangenen Parlaments- (2012) beziehungsweise Präsidentschaftswahlen (2013) hervor und definierte die Neugestaltung der Beziehungen zu Russland als Priorität. Der vorliegende Beitrag untersucht im Folgenden die bisherigen Ergebnisse dieser Neuorientierung.

Ausgangslage zum Zeitpunkt des Machtwechsels

Um die Veränderungen der bilateralen Beziehungen in der bisherigen Amtszeit des Bündnisses »Georgischer Traum« erfassen zu können, ist zunächst ein kurzer Blick auf den Status quo zum Zeitpunkt des Machtwechsels nötig. Die Konflikte zwischen Moskau und Tbilissi wurden im Kern durch vier Dimensionen bestimmt: Ein erster und wesentlicher Streitpunkt bezog sich auf die Gebiete Abchasien und Südossetien, die sich im Zuge blutiger Sezessionskonflikte in den frühen neunziger Jahren von Georgien losgesagt hatten. Russland hat Abchasien und Südossetien wiederholt unterstützt und nach dem Krieg im Jahr 2008 unter internationaler Kritik als unabhängige Staaten anerkannt. Demgegenüber betrachtet Georgien diese Territorien weiterhin als Bestandteil des eigenen Staatsgebiets. Eine zweite Konfliktdimension stand mit der außenpolitischen Orientierung der Südkaukasusrepublik in Verbindung. Unter Präsident Saakaschwili war eine enge Bindung an die USA sowie eine Integration in NATO und EU zur obersten Zielsetzung erhoben worden. Russland stand dieser Westorientierung Georgiens ausgesprochen kritisch gegenüber, da es die Nachbarschaftsregion als vitale Einflussosphäre definiert und eine mögliche NATO-Erwei-

terung als Bedrohung wahrnimmt. Versuche Russlands, Druck und Einfluss auf Georgien auszuüben, sind auch in diesem Kontext zu sehen.

Darüber hinaus hatten die Spannungen zwischen Moskau und Tbilissi drittens auch eine wirtschaftliche Dimension. Russland hat im Jahr 2006 ein Einfuhrverbot für Wein und Mineralwasser aus Georgien erlassen und damit zentrale Exportgüter des südlichen Nachbarn vom russischen Markt ausgeschlossen. Diese Konfliktfelder wurden viertens durch eine aufgeheizte Rhetorik beider Seiten begleitet. Beispielsweise bezeichnete Dmitrij Medwedew den georgischen Präsidenten als »politische Leiche« während Saakaschwili Befürworter einer Annäherung zwischen Moskau und Tbilissi als »Idioten« abkanzelte. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Bündnis »Georgischer Traum« mit der Machtübernahme in den Jahren 2012 und 2013 vor großen Herausforderungen in den Beziehungen zu Russland stand.

Schritte zu einer Neuordnung

Wie eingangs festgehalten, definierte die Koalition »Georgischer Traum« eine Neuordnung der Beziehungen zu Russland als wichtiges außenpolitisches Ziel. Gleichzeitig wurde in Tbilissi betont, dass eine enge Bindung an USA, EU und NATO weiterhin Priorität bleibe. Moskau verhielt sich in dieser Situation zunächst abwartend, äußerte jedoch Hoffnung auf »konstruktivere Kräfte« in der Südkaukasusrepublik. Der neu ins Amt gekommene Premierminister Bidsina Iwanischwili ernannte Ende 2012 einen eigenen Sonderbeauftragten für die Beziehungen zu Russland. Die Wahl fiel dabei auf den erfahrenen Diplomaten Surab Abaschidse, der zwischen 2000 und 2004 als georgischer Botschafter in Russland tätig gewesen war. In seiner neuen Position als Sonderbeauftragter traf er zu regelmäßigen Verhandlungen mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Grigorij Karasin zusammen. Die Gespräche konzentrierten sich auf wirtschaftliche, humanitäre und kulturelle Fragen. Die Konflikte um Abchasien und Südossetien wurden dabei explizit ausgeklammert, da sie Gegenstand gesonderter Verhandlungsrunden unter Ägide von UNO, EU und OSZE in Genf sind.

Mit dem bilateralen Austausch zwischen Abaschidse und Karasin konnten einige konkrete Ergebnisse erzielt werden. Moskau erklärte sich beispielsweise bereit, das seit 2006 bestehende Handelsembargo auf Wein und Mineralwasser aus Georgien aufzuheben. Der Handelsumfang zwischen den beiden Nachbarstaaten hat seither deutlich zugenommen, wie Daten des georgischen nationalen Statistikbüros »Geostat« belegen. Russland ist für Georgien nach Aserbaidschan und Armenien zum dritt-wichtigsten Exportland in der GUS-Region aufgestie-

gen. Parallel dazu haben auch georgische Importe aus Russland an Umfang zugenommen. Weitere Schritte der Annäherung wurden in Bezug auf die Transport- und Verkehrsverbindungen zwischen den Nachbarstaaten unternommen. Wladimir Putin verkündete zuletzt auch eine Erleichterung der Visabedingungen für georgische Staatsbürger. Die vorsichtige Annäherung zwischen Moskau und Tbilissi wurde durch eine moderatere Rhetorik beider Seiten begleitet. Das Gesprächsklima ist damit sachlicher geworden und unterscheidet sich von der aufgeheizten Stimmungslage vor dem Machtwechsel in Georgien.

Bestehende Hürden

Während erste konkrete Schritte zu einer Annäherung in den bilateralen Beziehungen erfolgten, bleiben allerdings zwei zentrale Spannungsfelder bestehen. Das betrifft erstens die Konflikte um Abchasien und Südossetien. Die Abhängigkeit beider Gebiete von Russland hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Präsident Putin hat beispielsweise umfassende Bündnisverträge mit Abchasien (2014) und Südossetien (2015) unterzeichnet, die eine enge Bindung an Russland festschreiben. Georgien hat dieses Vorgehen als »schleichende Annexion« verurteilt. Vertreter des Regierungsbündnisses »Georgischer Traum« haben betont, dass die »territoriale Integrität« der Südkaukasusrepublik Voraussetzung für die Wiederaufnahme der seit 2008 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit Moskau sei. Auch Giorgi Kwirikaschwili, der im Dezember 2015 zum neuen georgischen Premierminister ernannt wurde, hat sich bereits für diesen Kurs ausgesprochen. Russlands Staatsführung hat hingegen wiederholt erklärt, dass eine Abkehr von der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten nicht denkbar sei. Eine Annäherung in diesen Konflikten ist damit nicht in Sicht.

Ein zweiter wesentlicher Streitpunkt bleibt die grundlegende außenpolitische Ausrichtung Georgiens. Tbilissi setzt auch unter dem Bündnis »Georgischer Traum« auf eine klare Westorientierung. Mit der Unterzeichnung eines EU-Assoziierungsabkommens im Juni 2014 konnte Georgien hier einen konkreten Erfolg verbuchen. Die Kooperation mit der NATO wurde ebenfalls fortgesetzt. Im Februar 2016 erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg anlässlich eines Besuchs in Tbilissi, dass die Südkaukasusrepublik Fortschritte bei der Annäherung an das Militärbündnis mache. Wenngleich auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 festgehalten wurde, dass Georgien Mitglied der Allianz werden könne, ist ein konkreter Beitrittsfahrplan nicht in Sicht. Die fortgesetzte Westorientierung der Südkaukasusrepublik wird in Moskau dennoch mit

Argusaugen beobachtet. Ein neues NATO-Trainingszentrum in Georgien, das sich derzeit im Aufbau befindet, wurde vom russischen Außenministerium als »Provokation« und »ernsthafter destabilisierender Faktor« gebrandmarkt.

Veränderter Russlanddiskurs in Georgien

Die – trotz ungelöster Konflikte – insgesamt pragmatischere Russlandpolitik der Koalition »Georgischer Traum« wird von einer intensiven innergeorgischen Debatte begleitet. Die Partei »Vereinigte nationale Bewegung« der einstigen Machthaber um Saakaschwili wirft der aktuellen Regierung vor, mit einer Annäherung an Russland die nationale Sicherheit zu untergraben. Die Diskussion entbrannte zuletzt an Überlegungen des georgischen Energieministers Kacha Kaladse, mehr Erdgas von Gazprom aus Russland zu importieren (2015 stammten etwas mehr als 10 Prozent des in Georgien verbrauchten Gases von Gazprom). Auch Georgiens Positionierung in der Ukraine Krise wurde von ähnlichen innenpolitischen Auseinandersetzungen begleitet. Die Opposition hat seit dem Machtwechsel wiederholt versucht, die pro-westliche Orientierung des Bündnisses »Georgischer Traum« in Zweifel zu ziehen. Diese Kritik ist jedoch nur schwer haltbar, da die Bindung an EU und NATO, wie gezeigt, Priorität genossen hat und die Kooperation mit Russland auf ausgewählte Sachfragen beschränkt geblieben ist.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in der öffentlichen Meinung graduelle Verschiebungen abzeichnen: Gestiegene Zustimmungsraten für einen Beitritt zur von Russland forcierten Eurasischen Union haben eine hitzige Debatte über die zukünftige außenpolitische Positionierung Georgiens ausgelöst. In einer Umfrage des »National Democratic Institute« (NDI) in Georgien vom November 2015 sprachen sich immerhin 24 Prozent der Befragten für einen Beitritt zur Eurasischen Union aus. Demgegenüber stimmten

58 Prozent für eine EU-Integration. Die Unterstützung für einen NATO-Beitritt blieb mit 69 Prozent kontinuierlich hoch. Insgesamt wird damit deutlich, dass eine pro-westliche Außenpolitik weiterhin auf hohe Zustimmung stößt. Gleichzeitig hat der Russlanddiskurs im Vergleich zur Saakaschwili-Ära an Pluralismus gewonnen. Nachdem eine konsequent ablehnende und kritische Haltung gegenüber Russland unter Saakaschwili lange als Konsens galt, wird nun kontroverser und offener über die Beziehungen zu Russland diskutiert.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend zeigt sich, dass seit dem Machtwechsel in Tbilissi eine vorsichtige Annäherung zwischen Russland und Georgien stattgefunden hat. Mit einem pragmatischen Zugang beider Seiten konnten einige konkrete Resultate erreicht werden. Bestehende Hürden im Wirtschaftsbereich wurden überwunden und das Gesprächsklima gestaltet sich konstruktiver als vor dem Machtwechsel. Zwei tief verwurzelte Konfliktfelder machen einen tiefgreifenden Wandel in den bilateralen Beziehungen derzeit allerdings unwahrscheinlich: Russland bindet die von Georgien abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien immer stärker an sich, was in Tbilissi auf klare Ablehnung stößt. Demgegenüber strebt die georgische Regierung auch nach dem Machtwechsel konsequent nach einer engen Bindung an NATO und EU – eine Orientierung, die in Moskau bekanntermaßen für Unmut sorgt. Absehbar ist jedoch bereits, dass Russland in den kommenden Monaten für weitere Debatten in Georgien sorgen wird: Für den Herbst des Jahres 2016 sind in der Südkaukasusrepublik Parlamentswahlen anberaumt. Dass die Außenpolitik und das Verhältnis zu Russland im bevorstehenden Wahlkampf eine Rolle spielen werden, kann als gesichert gelten. Wie sich das Ergebnis dieses Urnengangs auf die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Über den Autor

Mag. Johannes Wetzinger ist als Koordinator für EU-Projekte und Lektor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule des BFI Wien tätig. Zuvor war er als Projektassistent am Center for Comparative Eurasia Studies and Surveys (CEASS-Center) des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien beschäftigt.

Lesetipps

- MacFarlane, S. Neil: »Two Years of the Dream: Georgian Foreign Policy During the Transition«, Research Paper, London: Chatham House, May 2015. <https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/field/field_document/20150529GeorgianForeignPolicyMacFarlane.pdf>.
- Makarychev, Andrey: »The Limits of Russian Soft Power in Georgia« [= PONARS Eurasia Policy Memo Nr. 412], Januar 2016. <http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Pepm412_Makarychev_Jan2016_1.pdf>.
- Wetzinger, Johannes: »Georgische Träume: Tiflis' »neue« Außenpolitik«, in: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik, 2014, Nr. 95, S. 10–14

Die armenisch-russischen Beziehungen.

Ein Überblick aus armenischer Sicht

Harutyun Grigoryan, Potsdam

Zusammenfassung

Die russisch-armenischen Beziehungen sind vielfältig und komplex, und sie beschränken sich nicht auf einen Schwerpunkt. Russland und Armenien vertreten bei vielen außenpolitischen Angelegenheiten verschiedene Positionen, beide Länder bezeichnen sich jedoch konstant gegenseitig als strategische Partner: Russland ist der größte Investor in Armenien, sein Militär ist als Schutzschild auf armenischem Staatsgebiet stationiert, der größte Markt für armenische Waren ist weiterhin Russland. Dort lebt die größte armenische Diaspora. Beide Länder werden bei der Entwicklung der Zusammenarbeit von diversen Hintergründen und Motiven bewegt, die im letzten Jahr in dem Beitritt Armeniens zur Eurasischen Union mündete.

Retrospektive

Um die armenisch-russische Beziehungen vollständig zu verstehen und für die kurz- bzw. mittelfristige Zukunft die zu erwartenden Entwicklungsmöglichkeiten im Vorfeld einschätzen zu können, ist eine zusammenfassende Betrachtung dessen erforderlich, was Armenien für Russland und was Russland für Armenien bedeutet, wie die zwei Länder einander wahrnehmen, und wie sie sich dem anderen gegenüber positionieren.

Russland versteht sich als alte Zivilisation, die durch ihren Einfluss die Gestaltung Europas sowie Asien prägte und prägt. Armenien dagegen ist eine äußerst alte Zivilisation: Es bestand bereits zu Zeiten, als es weder europäische Staaten, noch gar die Kiewer Rus gab. Armenien nahm fast 700 Jahre vor Russland das Christentum an, armenische Staatlichkeit und Kultur erfuhren bereits eine Blüte, als auf dem Gebiet des heutigen Russland noch Nomadenvölker lebten. In heutiger Zeit aber erstreckt sich die Russische Föderation über ein Territorium, das 570 Mal größer ist, als das Armeniens. In Russland leben derzeit 50 Mal mehr Menschen als im kleinen Armenien. Die Republik Armenien proklamierte ihre Unabhängigkeit im Jahre 1991, die Russische Föderation versteht sich als Nachfolger der zerfallenen UdSSR.

»Electric-Yerevan« – ein Beispiel für Wahrnehmungsunterschiede

Bedingt durch zahlreiche Faktoren existieren heute unterschiedliche Versionen einer Beurteilung der armenisch-russischen Beziehungen, je nach Ausgangsposition des Experten, seiner Weltanschauung und Zielsetzung: für welches Publikum die Analyse gedacht ist, welches Verständnis der allgemein anerkannten Souveränitäts- und Gleichheitsprinzipien vorliegt, wie stark die Neigung zu Stereotypen der Sowjetära ist. Ein exzellentes Beispiel bieten die sogenannten »Electric Yerevan«-Unruhen von 2015 in Jerewan, als die Stadtbe-

völkerung – zum großen Teil junge Menschen – heftig gegen die Erhöhung der Strompreise demonstrierte. Die Proteste waren rein wirtschaftlichen Charakters, sie erreichten die Schlagzeilen der Medien und wurden schnell zu politischen Protesten gemünzt. Neben der Regierung Armeniens sei die »Armenische Stromnetze« schuld, die komplett dem russischen Staatskonzern »Inter RAO UES« gehört, so skandierten es armenische, hauptsächlich protestliche Oppositionelle. Im Sommer 2015 prophezeiten manche Experten sogar einen Regierungswechsel. Russische Medien hingegen berichteten fast täglich von einem zweiten »Maidan«, nun allerdings in Jerewan. Politiker und in Armenien stationierte Diplomaten der EU äußerten ihre Besorgnis angesichts des unverhältnismäßigen Einsatzes von Polizeigewalt. Der Höhepunkt der tatsächlichen polizeilichen Gewaltanwendung war der Einsatz von Wasserwerfern gegen Zivilisten am 23. Juni 2015, wobei allerdings niemand schwer verletzt wurde oder anschließend stationäre Behandlung benötigte.

Abgesehen von Meinungsverschiedenheiten in der Berichterstattung bezüglich der Ursachen von »Electric-Yerevan« ist eines klar: Bereits ein solcher Vorfall wäre in der Lage, die strategische Partnerschaft zwischen Armenien und Russland zu erschüttern.

Bedrohungsvorstellungen und russisch-armenische Sicherheitskooperation

Die Zusammenarbeit der beiden Länder begann unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR, mit dem »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien« vom 29. Dezember 1991. Der Vertrag diente der kleinen und ruinierten Republik Armenien, die sich u. a. in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem drei Mal größeren Aserbaidschan befand, vor allem wirtschaftlich.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und Armenien wurden am 3. April 1992 offiziell besiegelt; seitdem wurden über 240 zwischenstaatliche Verträge, Regierungs- und Ministerialabkommen in diversen Bereichen unterzeichnet. Als bedeutendster Großvertrag gilt seit November 1998 der am 29. August 1997 unterzeichnete und im Folgejahr ratifizierte »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe«.

Die in Armenien heute stationierten Einheiten der russischen Streitkräfte sind im Grunde genommen die »Nachfolger« der Roten / Sowjetischen Armee, die in erster Linie Sowjetarmenien vor einer für wahrscheinlich gehaltenen Aggression der Türkei beschützten. Diese Gefahr blieb trotz des russisch-türkischen Freundschaftsvertrags vom 1921 bis zum Zweiten Weltkrieg stets aktuell. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Zeiten des Kalten Krieges, hatte sich die Wahrscheinlichkeit eines türkischen Angriffs auf Armenien nicht verringert. Der Grund waren nicht nur die feindlichen Beziehungen zwischen NATO und UdSSR. Den strategischen Entscheidungsträgern der UdSSR war das frühere Verhalten der Türkei gegenüber dem armenischen Volk bekannt, auch das in den Jahren 1915–1918, als der Völkermord an den Armeniern begangen wurde– wenn darüber auch nicht laut gesprochen wurde.

Mit der Entstehung der – nach der Ersten (1918–1920) und der sowjetischen – nun unabhängigen Dritten Republik Armenien war nach dem Zerfall der UdSSR die Gefahr durch die Türkei nicht verschwunden. Zwar wurden die konventionellen Waffen und Munition der Sowjetischen Armee zum großen Teil unter den Sowjetrepubliken aufgeteilt. Aber dem kleinen Armenien mit seinen stark begrenzten menschlichen Ressourcen, das sich in jener Zeit in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Aserbaidschan befand, waren Waffen allein nicht genug für eine Verteidigung der westlichen Grenzen zur Türkei. Deshalb blieb Armenien auf die Hilfe der postsowjetischen russischen Armee angewiesen. Die ehemals sowjetische Armee wechselte *de jure* ihre Zugehörigkeit und den Namen, und blieb ab Frühling 1992 nun offiziell in der Republik Armenien, als Stützpunkt der russischen Streitkräfte, um »Armenien gegen die Türkei zu verteidigen«. Seit September 1992 galt der Vertrag über den Schutz der armenischen Grenzen durch russische Grenztruppen, die offiziell zum »Föderalen Sicherheitsdienst« (FSB), dem Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation gehören. Sie überwachen bis heute insgesamt über 310 Kilometer armenisch-türkischer Grenze und die rund 45 km lange armenisch-iranische Grenze. Dazu kommt »Swartnoz«, der einzige internationale Flughafen Armeniens, auf dem russische FSB-Angehörige zusammen mit den armenischen Kol-

legen die Passagierkontrolle durchführen. Diese Realität, in der man bei der Ein- und Ausreise am Flughafen Menschen mit russischem Staatswappen an den Schultern begegnet, empört einen Teil der Armenier, die sich dadurch »von Russen besetzt« fühlen. 2010 wurde die Stationierung der russischen Truppen auf armenischem Boden bis zum Jahr 2044 verlängert.

Rüstungsexporte und Stationierungspolitik

Die Überwachung der armenisch-georgischen Grenze und die Verteidigung der armenisch-aserbaidschani-schen Grenze sind dagegen der armenischen Regierung selbst überlassen. Somit zeigte der Kreml von Anfang an, dass er – trotz der strategischen Partnerschaft mit Armenien – eine gewisse Loyalität gegenüber dem postsowjetischen Georgien und Aserbaidschan bewahren will. Gerade dieses Verhalten führt zu einem Misstrauen in der armenischen Gesellschaft gegenüber Russland, weil sich die die Häufigkeit des Beschusses der armenischen Grenzgebiete durch Aserbaidschan in den letzten Jahren verdoppelt hat und der Kreml außer mündlichen Bekundungen seiner Besorgnis nichts Spürbares dagegen unternimmt. Vielmehr liefert Moskau weiterhin Waffen, darunter auch Offensivwaffen, an Aserbaidschan. Medien zufolge belief sich der Wert der russischen Waffenlieferungen an Aserbaidschan in den letzten Jahren auf über 4 Milliarden Euro (2010–2015). Dadurch bildet sich bei einem breiten Publikum in- und außerhalb Armeniens die Meinung, »Russland bewaffne den Feind Armeniens mit Angriffswaffen, um Armenien weiterhin im Griff zu haben«. Man könnte natürlich behaupten, Russland sei souverän und dürfe jedem Land die Mengen seiner Produktion verkaufen, wie es will. Die Handelssouveränität der Russischen Föderation wird in der armenischen Gesellschaft auch nicht bestritten, doch allein schon die Gewissheit, dass die eigenen Soldaten durch Waffen des strategischen Partners fallen, stiftet bei Armeniern ein Gefühl des Verrats.

Der im Herbst 2015 versprochene russische Kredit an Jerewan in Höhe von 200 Millionen US-Dollar, die sowohl für einen vorübergehenden Stopp der Energiepreiserhöhungen als auch für Lieferungen vergleichbar moderner Waffen gedacht waren, diente da als Ausgleich. Zu den Waffen gehörten die ballistischen Boden–Boden–Raketen vom Typ »Iskander-M«, die in der Lage sind, die Hauptstädte der westlichen und östlichen Nachbarn Armeniens zu treffen. Dabei ist nicht ganz klar, inwieweit die Kontrolle über die Waffen tatsächlich der armenischen Regierung unterstellt ist, oder ob sie nur auf Befehl des russischen Militärkommandos eingesetzt werden können. Für die Luftverteidigung stationierte Russland in Armenien Boden–Luft–Raketensysteme vom Typ S-300. Zur »Verbesserung der

Luftraumsicherheit der Organisation des Vertrages der kollektiven Sicherheit (OVKS)« wurden 2015 die Luftabwehreinheiten der armenischen Streitkräfte mit den Luftabwehreinheiten des russischen Südlichen Militärbezirks zusammengeschlossen. Die Armenier fühlen sich mit russischen Raketen sicherer als je zuvor. Eine russische Militärpräsenz in Armenien schließt jegliche Eroberungsversuche aus, und das stört sowohl Ankara als auch Baku. Die westlichen Staaten hingegen haben schon deswegen Sorgen, weil es unmöglich scheint, eine Abgrenzung zwischen dem in Armenien stationierten russischen Militär und den Einheiten des armenischen Verteidigungsministeriums vorzunehmen. Es wäre für den Westen von besonderer Bedeutung, die Schritte Russlands im Vorfeld kalkulieren zu können, etwa bei einem Kriegsszenario zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

In Wirtschaftsbereich gibt es einen engen Austausch zwischen den beiden Staaten. Russland bleibt größter Wirtschaftspartner Armeniens, mit einem Anteil von ca. 24 Prozent (2014; entspr. 1,4 Milliarden US-Dollar) am armenischen Handelsvolumen. Der Löwenanteil (1,1 Mrd. US-Dollar), entfiel auf Waren aus Russland, die nach Armenien geliefert wurden, darunter Kernbrennstoff und Anlagen für die Kernenergie, Holzprodukte, Maschinen und Rohdiamanten. Seit dem 2. Januar 2015 ist Armenien Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion, doch sank das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern im Zeitraum von Januar–Mai des Beitrittsjahres auf 54,6 Prozent des Vorjahreswerts für den gleichen Zeitraum und betrug lediglich ca. 273 Millionen US-Dollar, was fast 20 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens der Republik Armenien entsprach. Aber die Ursache des Rückgangs des armenisch-russischen Handelsvolumens war nicht der Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion selbst, sondern eine durch die westlichen Sanktionen und den niedrigen Ölpreis verursachte Änderung der Außenhandelspolitik Russlands und damit ein wirtschaftlich bedingtes Wegbrechen der Handelstätigkeit zwischen Russland und Armenien.

Russland liefert Erdgas nach Armenien, und Uran für den größten Energieproduzenten des Landes, das AKW »Metsamor«, das aufgrund einer Entscheidung der armenischen Regierung im 1989 abgeschaltet wurde und dadurch gleich die ganze Industrie des Landes in Energienot versetzte. Die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes erfolgte 1995, mit massiver finanzieller Hilfe von Russland. Die Verlängerung der Laufzeit des AKW um 10 Jahre bis 2025 wird dank eines 270 Millionen US-Dollar schweren russischen Kredites

und eines 30 Millionen US-Dollar großen russischen Geschenks umgesetzt.

Russland ist der größte Investor in die Republik Armenien. Seit 1991 hat es ca. 3,4 Milliarden US-Dollar in Armenien investiert. Russischen Staatskonzernen gehören u. a. sieben Wasserkraftwerke, Wärmekraftwerke, der größte Mobilnetzanbieter und »Armsparbank« (eines der größten Bankinstitute des Landes). Der staatliche russische Versicherungskonzern »Rosgosstrach« ist der größte Versicherer in Armenien. Das absolute Recht auf Erdgasverkauf im innenstaatlichen Markt Armeniens besitzt »Gazprom Armenia«, eine Tochtergesellschaft des staatlichen russischen Gasriesen »Gasprom«.

Russland im armenischen Verkehrswesen

Alle Eisenbahnlinien Armeniens gehören seit 2008 zu den »Südkaukasischen Eisenbahnen« – einer Tochtergesellschaft der staatlichen »Russischen Eisenbahnen«. Wirtschaftlich gesehen sind die armenischen Eisenbahnen für Russland derzeit so gut wie bedeutungslos, weil sie lediglich Jerewan mit der georgischen Hauptstadt Tiflis und kleineren georgischen Ortschaften verbinden. Südlich von Jerewan führt die Bahn in Richtung des feindlichen aserbaidjanischen Nachitschewan, womit der weitere Weg versperrt ist. Nördlich von Georgien in Richtung Russland führt die Bahn durch Abchasien und ist somit ebenso gesperrt. Mit dem Verkauf der maroden Eisenbahnlinien an Russland befreite sich die armenische Regierung von einer unnötigen Belastung. Andererseits erhoffte sich Armenien, dass der neue Besitzer sich (aus eigenen Wirtschaftsinteressen) erfolgreich für die Entsperrung der Eisenbahnverbindung an der georgisch-abchasischen Grenze einsetzen würde. Erfolgte dies, würde sich die geopolitische Situation in der Region zugunsten Armeniens ändern. Russland beabsichtigt die Baufinanzierung einer 315 km langen Eisenbahnlinie zwischen Armenien und Iran sowie einer 110 km langen Autobahn, die zusammen bis zu 3 Milliarden US-Dollar kosten könnten. Die großzügigen Investitionen Russlands in diverse Bereiche der armenischen Wirtschaft, darunter in kurz- und mittelfristig nicht unbedingt rentable Wirtschaftsprojekte, bieten Grund zur Annahme, dass Russland sich Armenien Schritt für Schritt kaufe. Die Spekulationen in der Presse zu einem solchen Szenario nützen besonders der prowestlich orientierten Opposition, die ihrer Wählerschaft nichts außer einer »russischen Gefahr für die armenische Unabhängigkeit« anbieten kann.

Kulturelle Bindungen und Minderheiten

Um seine Position in Armenien weiter zu stärken, engagiert sich Russland auch in der Zusammenarbeit im Bil-

dungsbereich. In Jerewan ist die Slawische Humanitäre Universität tätig, an der über 3.400 Studenten verschiedene Fächer auf Russisch studieren. Im armenischen Buchhandel sind russischsprachige Bücher überall präsent. Es sind mehrere russische TV-Kanäle in Armenien verfügbar. Jährlich studieren auf Kosten des russischen Staates etwa 250 armenische Staatsbürger an russischen Universitäten und Hochschulen.

Nach Angaben des Föderalen Migrationsdienstes Russlands leben etwa 1,2 Millionen armenische Staatsbürger in Russland, die somit die weltweit größte armenische Diaspora bilden. Darüber hinaus sollten zudem zahlreiche russische Staatsangehörige mit armenischen Wurzeln berücksichtigt werden. Der russische Anteil an der armenischen Bevölkerung besteht dagegen hauptsächlich aus Familienangehörigen der im Lande stationierten Militärs und aus zahlreichen russischen Staatsangehörigen mit armenischen Wurzeln. In Wirklichkeit ist die russische Diaspora in Armenien recht klein.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis festhalten: Sowohl das heutige Territorium der souveränen Republik Armenien als auch das Territorium der souveränen Russischen Föderation galten in den letzten Jahrhunderten – ausgenommen eine kurze Zeit kurz vor und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – als Gebiete einer Staatlichkeit, deren politisches Zentrum immer in Russland lag, zuerst in Sankt Petersburg, danach in Moskau.

In der Realität des 21. Jahrhunderts brauchen die beiden Länder einander, dabei verfolgt jedes Land, sowohl

mittel- als auch langfristig, eigene Ziele. Für Armenien ist eine gute Beziehung zu Russland von wirtschaftlicher, kultureller und sogar existentieller Bedeutung. Für Russland sind freundschaftliche Beziehungen zu Armenien aus imperialistisch motivierten und regionalpolitischen Gründen wichtig. Das riesige Land braucht in erster Linie Ruhe an seinen Grenzen; vor allem im Nord- und Südkaukasus braucht Russland Stützpunkte und zuverlässigen Boden für seine Präsenz und für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit Iran und ggf. anderen arabischen Ländern im Nahen Osten. Armenien ist dafür ideal geeignet. Alle möglichen Nachteile einer übermäßigen Präsenz eines fremden Souveräns sind der armenischen Regierung (und wahrscheinlich dem Großteil der armenischen Bevölkerung) bewusst, doch handelt erstere primär aus Motiven der nationalen Sicherheit. Solange die Außenpolitik des Westens in Bezug auf die Türkei nicht geändert wird, solange die Türkei ihr Nichtverstehen Armeniens und des armenischen Volkes nicht aufgibt – wozu auch eine Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich gehören würde –, wird Armenien seine Beziehungen zu Russland weiter vertiefen müssen, und die russische Präsenz in Armenien würde dadurch nur stärker und spürbarer.

Letztlich hatte die Regierung der Republik Armenien zwischen der EU-Assoziierung und der Eurasischen Union zu wählen und entschied sich deshalb am 3. September 2013 für die Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (OVKS).

Über den Autor

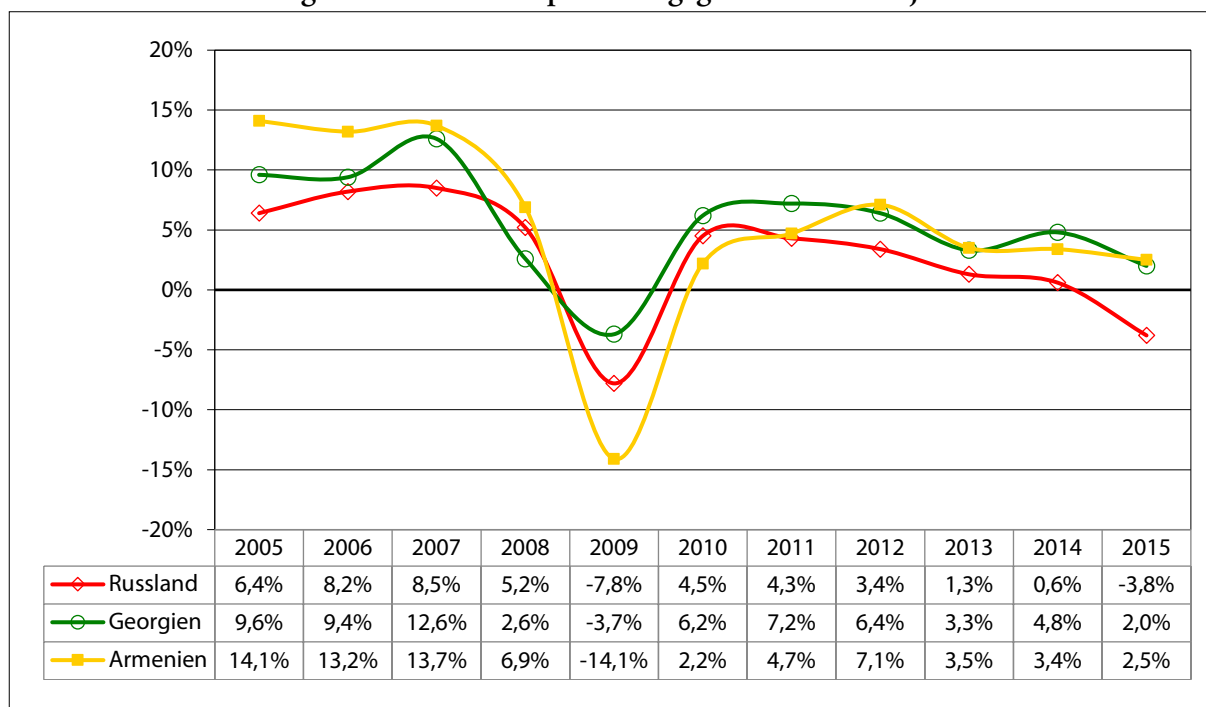
Harutyun Grigoryan (LL.M.) wurde 1978 in Jerewan geboren. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften in Bergkarabach (1995–1997), das er mit dem Abschluss an der Staatsuniversität Jerewan fortsetzte (1997–1999), studierte an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln (2006–2008). Er arbeitet derzeit an seiner Promotion an der Universität Potsdam, Juristische Fakultät, und als Berater für armenisches Recht.

Lesetipps:

- Gabrielyan, Emma: Russian-Turkish Gambit, or how the Russians began to cherish Armenians, in: Aravot, 28. November 2015; <<http://en.aravot.am/2015/11/28/173183/>>.
- Mercouris, Alexander: 'Electric Yerevan' Will Not Change Armenia's Pro-Russian Orientation, In: Russia Insider, 25. Juni 2015; <<https://newcoldwar.org/electric-yerevan-will-not-change-armenias-pro-russian-orientation/>>.
- Grigoryan, Armen: Armenia, Georgia, Iran and Russia Plan to Expand Energy Cooperation, in: Eurasia Daily Monitor, 6. Januar 2016; <[http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews\[backPid\]=27&tx_ttnews\[tt_news\]=44939#VubkMPPhfSU1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews[backPid]=27&tx_ttnews[tt_news]=44939#VubkMPPhfSU1)>.

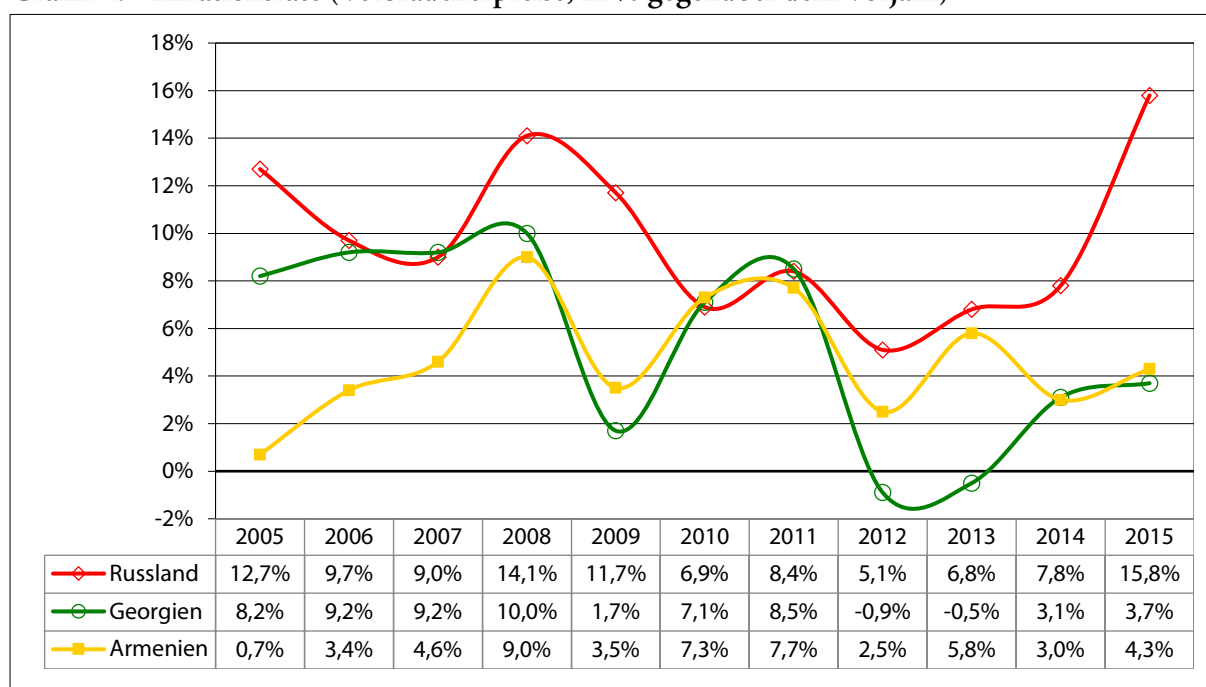
Die Beziehungen Russlands zu Georgien und Aserbaidshan in Daten

Grafik 1: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr



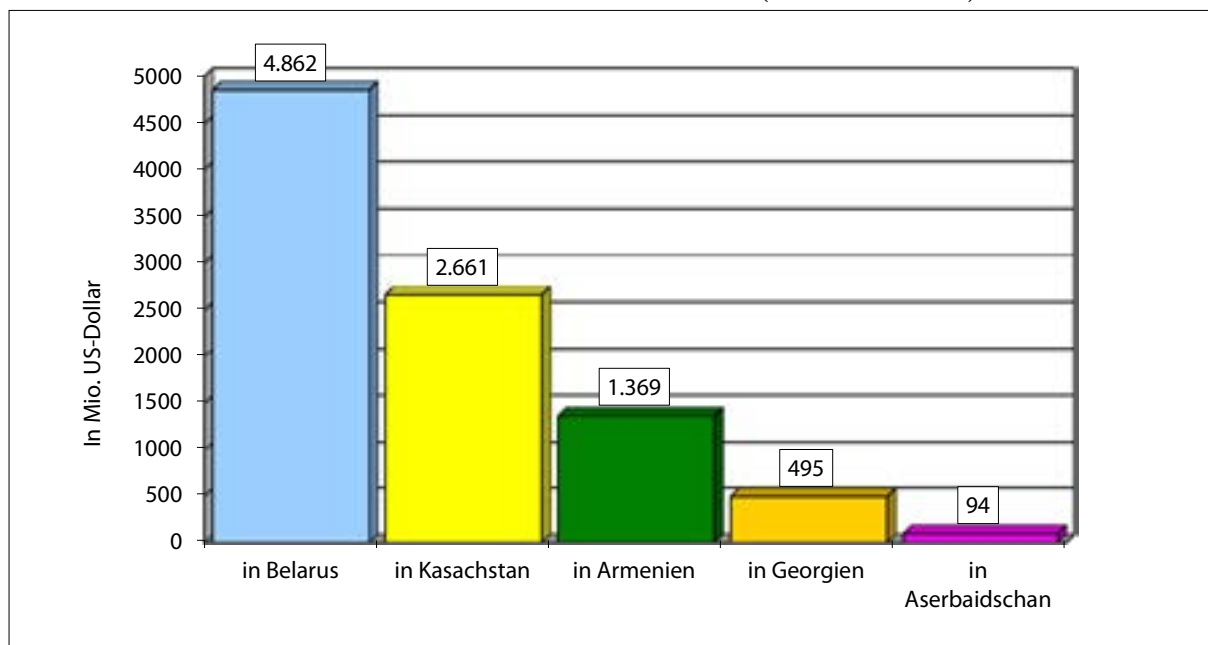
Quelle: International Monetary Fond, <<http://www.imf.org/external/datamapper/index.php>>

Grafik 2: Inflationsrate (Verbraucherpreise, in % gegenüber dem Vorjahr)



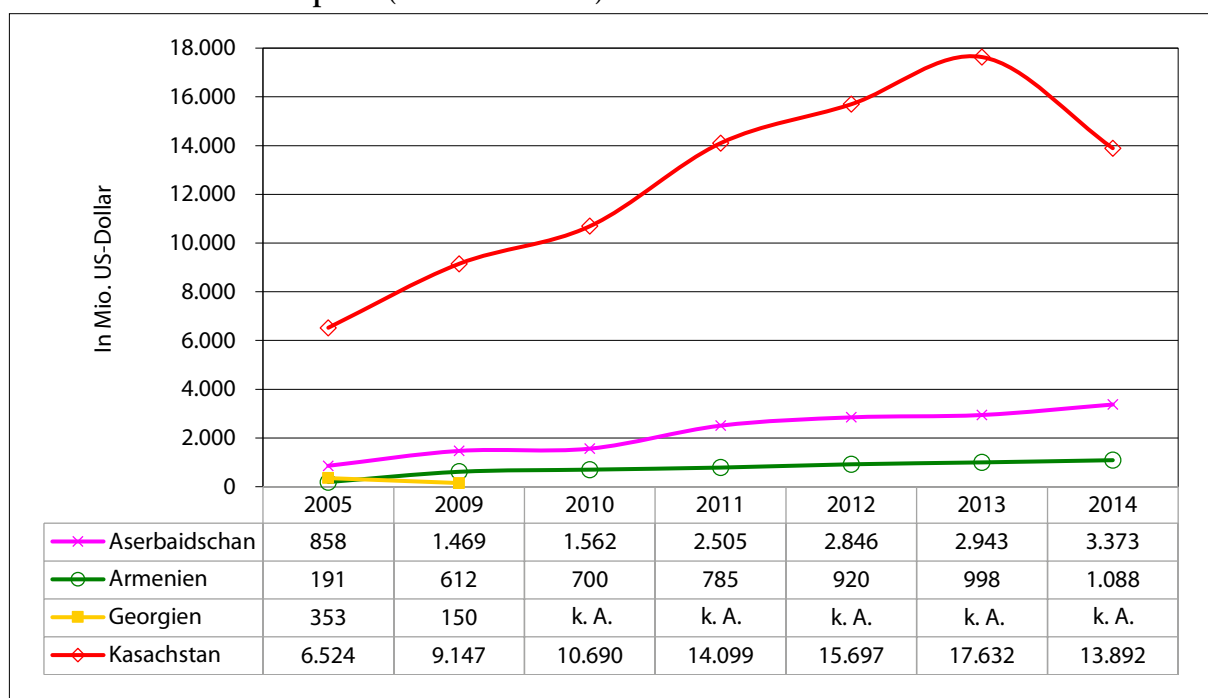
Quelle: International Monetary Fond, <<http://www.imf.org/external/datamapper/index.php>>

Grafik 3: Direktinvestitionen Russlands im Ausland 2014 (Mio. US-Dollar)



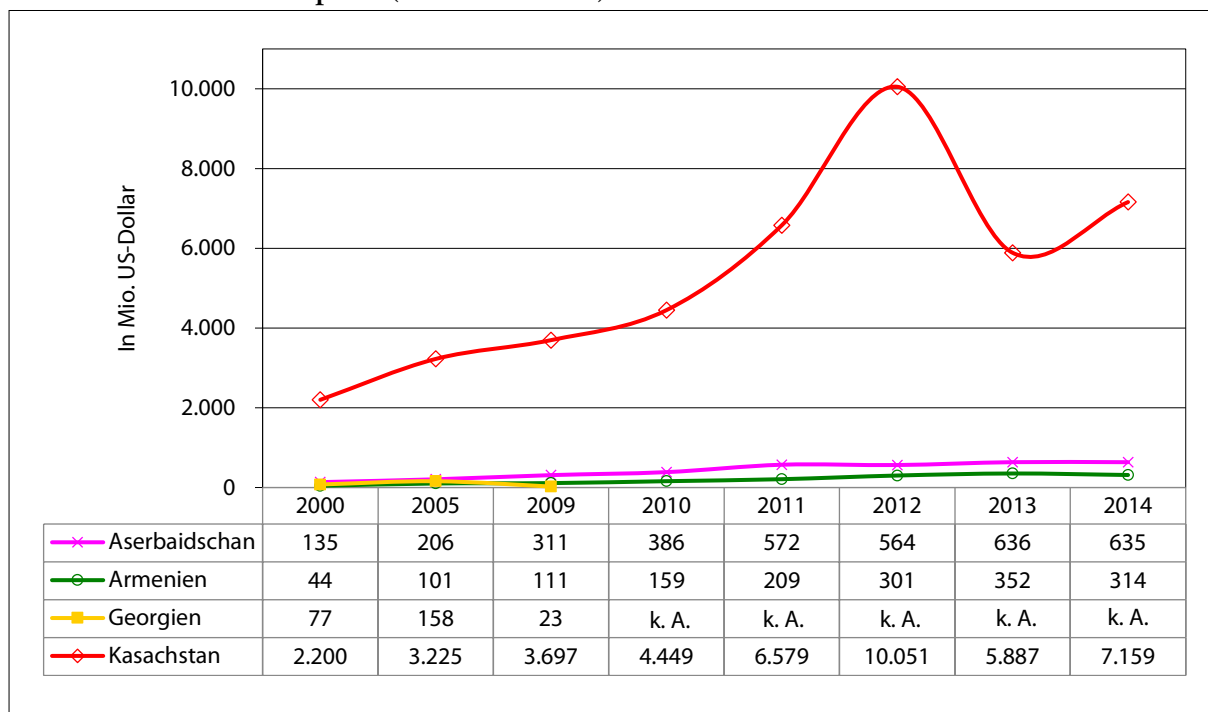
Quelle: International Monetary Fund, <<http://data.imf.org/regular.aspx?key=60564260>>

Grafik 4: Russische Exporte (Mio. US-Dollar)



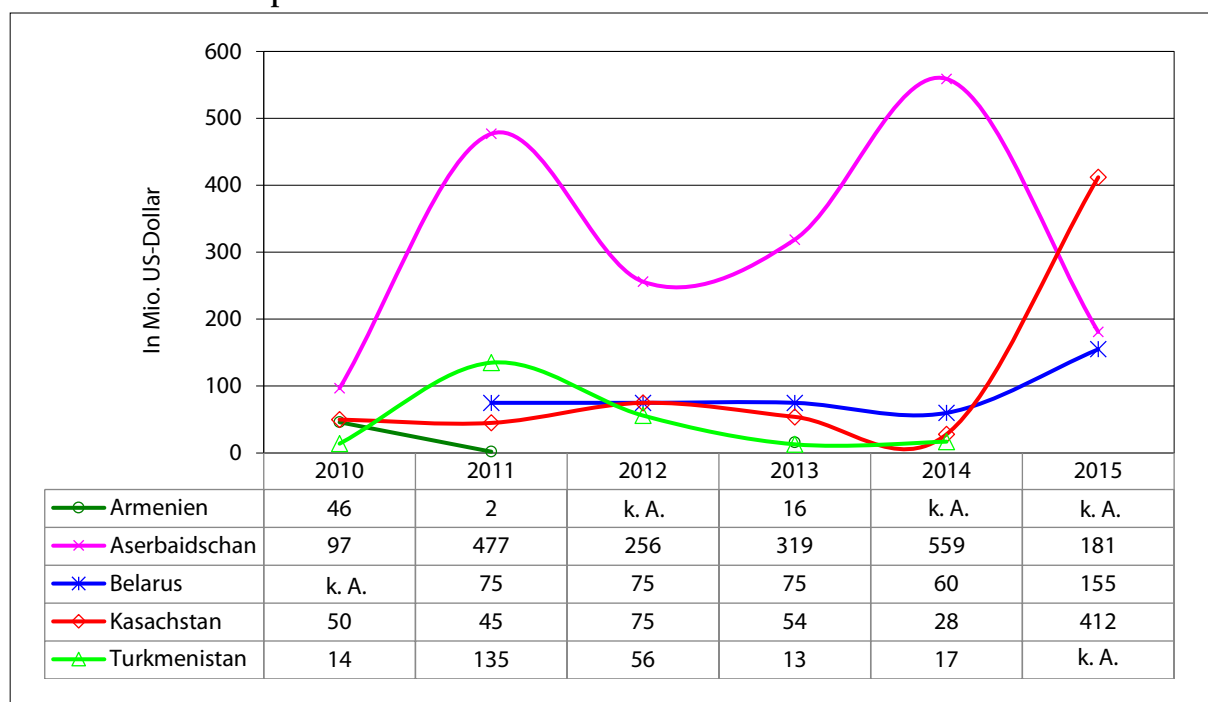
Quelle: Föderaler Dienst der Staatlichen Statistik der Russischen Föderation, <http://www.gks.ru/bgd/regl/b15_12/IssWWW.exe/stg/d02/27-05.htm>

Grafik 5: Russische Importe (Mio. US-Dollar)



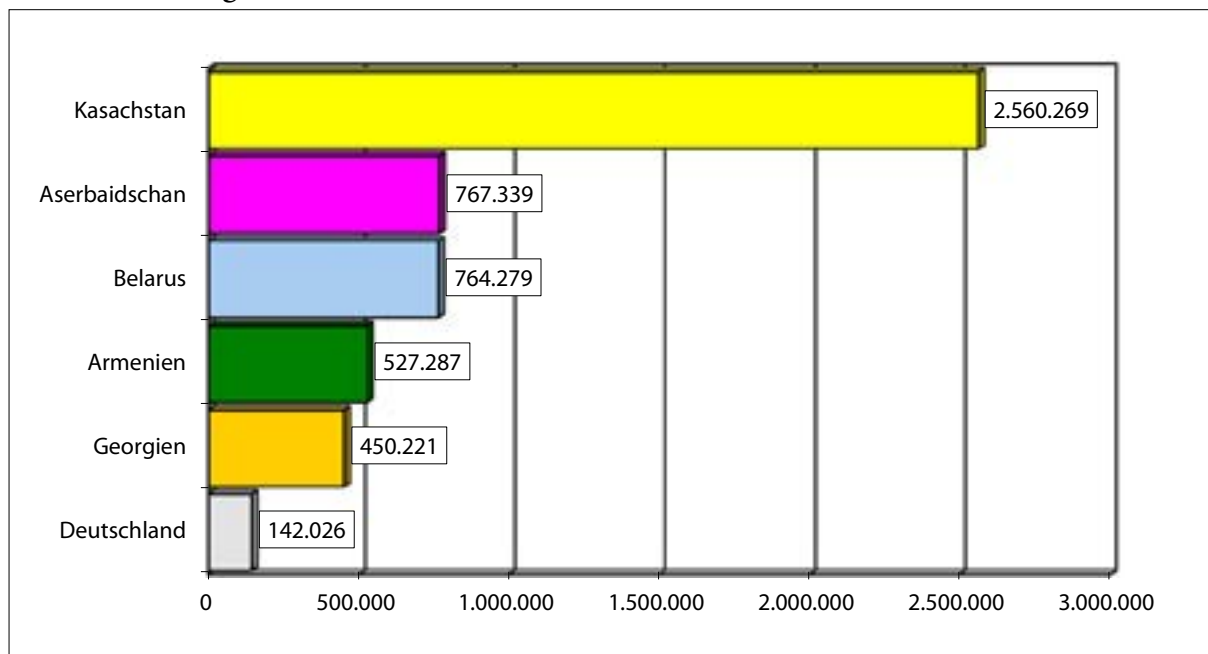
Quelle: Föderaler Dienst der Staatlichen Statistik der Russischen Föderation, <http://www.gks.ru/bgd/regl/b15_12/IssWWW.exe/stg/d02/27-05.htm>

Grafik 6: Waffenexporte aus Russland



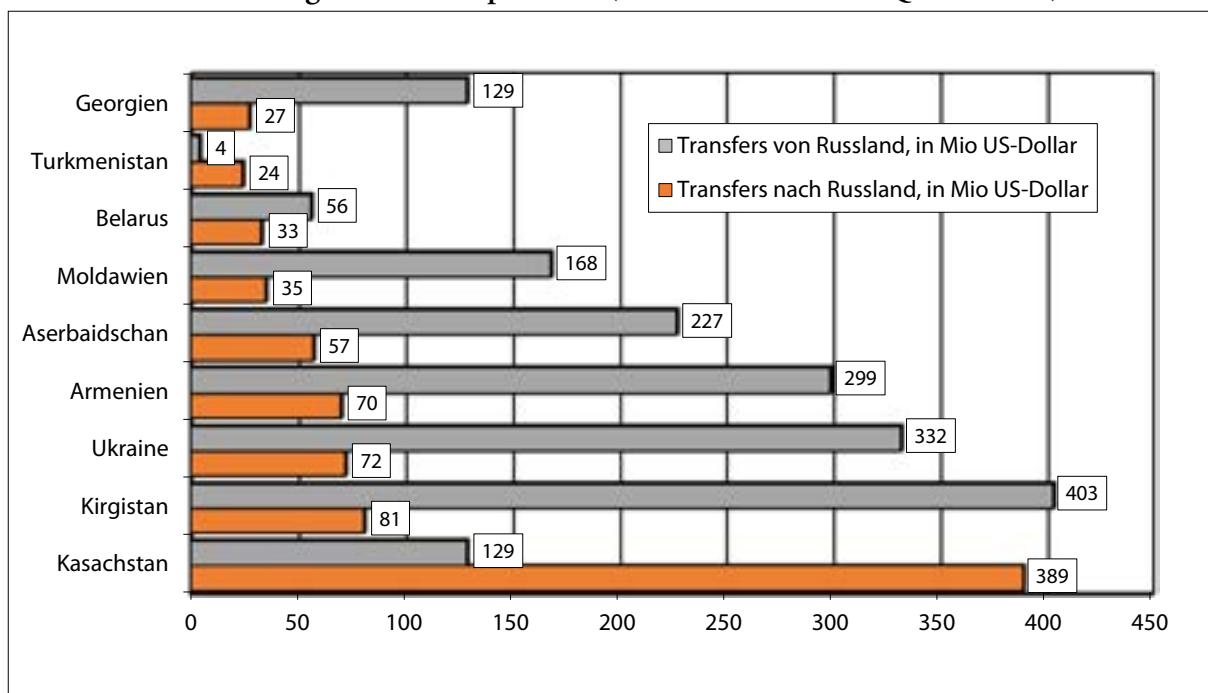
Quelle: Stockholm International Peace Research Institute, <http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php>

Grafik 7: Immigration nach Russland 2015 (Personen)



Quelle: UN 2015, <<http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/estimates15.shtml>>

Grafik 8: Überweisungen von Einzelpersonen (in Mio US-Dollar, 3. Quartal 2015)

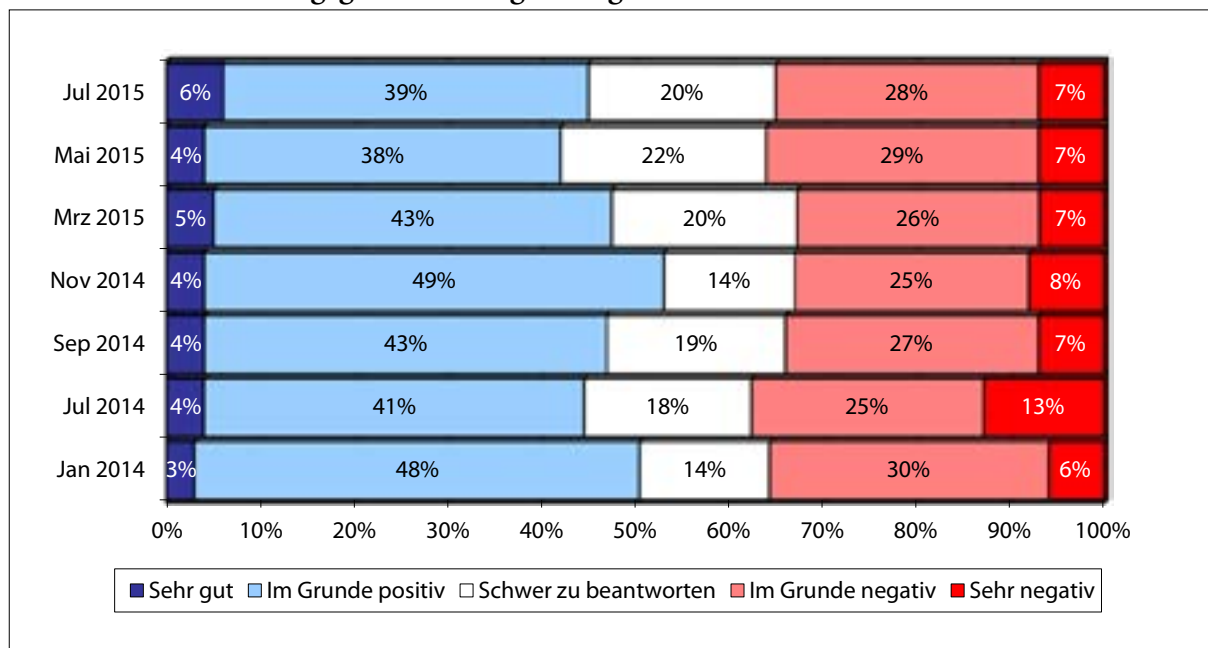


Quelle: Zentralbank der Russischen Föderation, <http://www.cbr.ru/eng/statistics/default.aspx?Prtid=svs&ch=ITM_43505#CheckedItem>

UMFRAGE

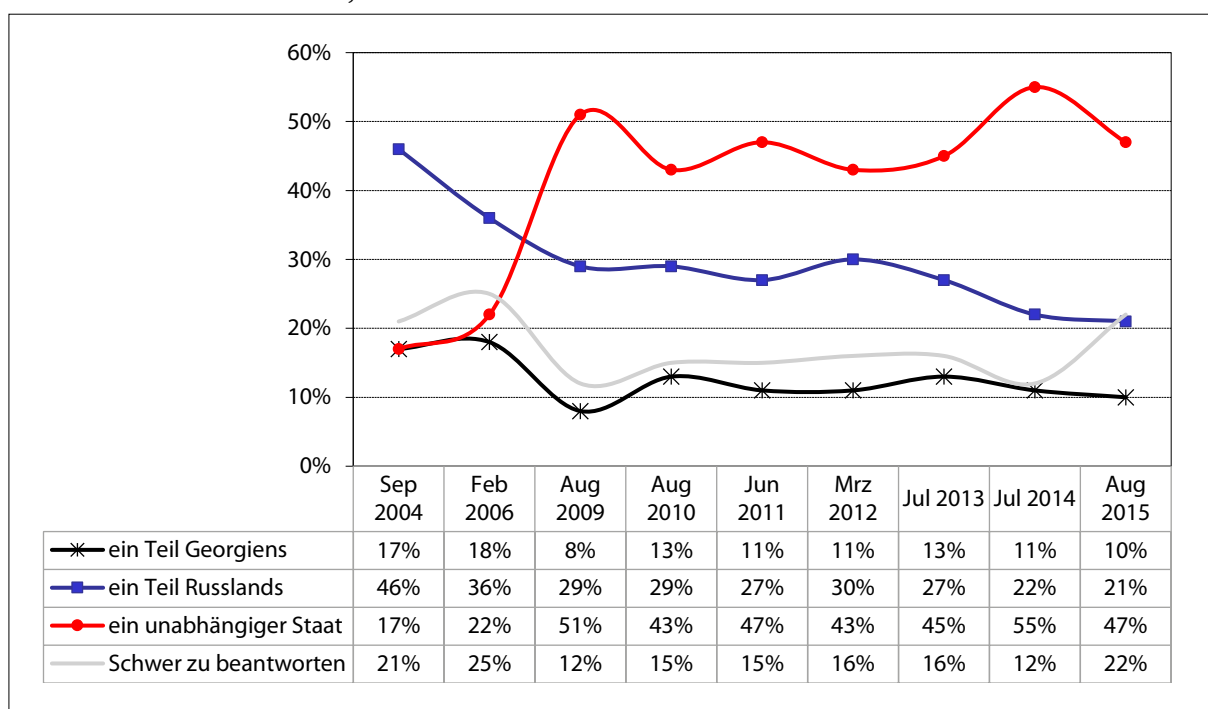
Die Beziehungen zu Georgien in russischen Umfragen

Grafik 9: Wie sind Sie gegenüber Georgien eingestellt?



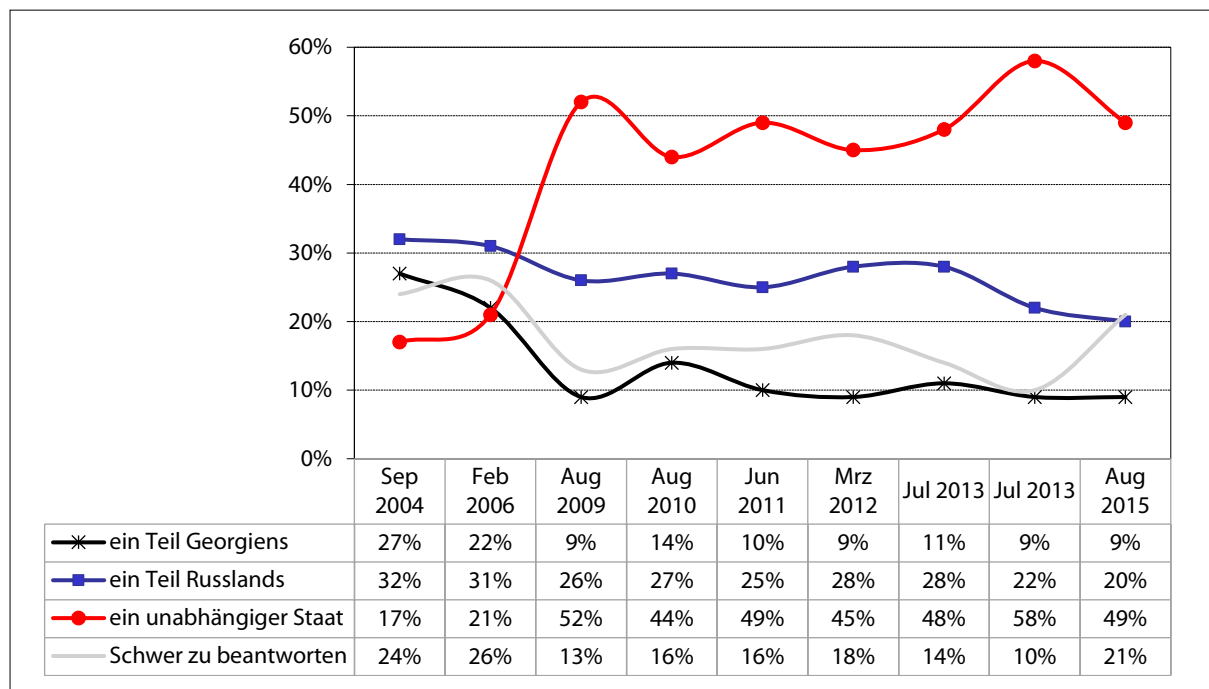
Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums vom Januar 2014 bis 17.–20. Juli 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/print/29-07-1.1.2015/monitoring-otnosheniya-rossiyan-k-drugim-stranam-iyul>>, 29. Juli 2015

Grafik 10: Was denken Sie, Südossetien ist ...



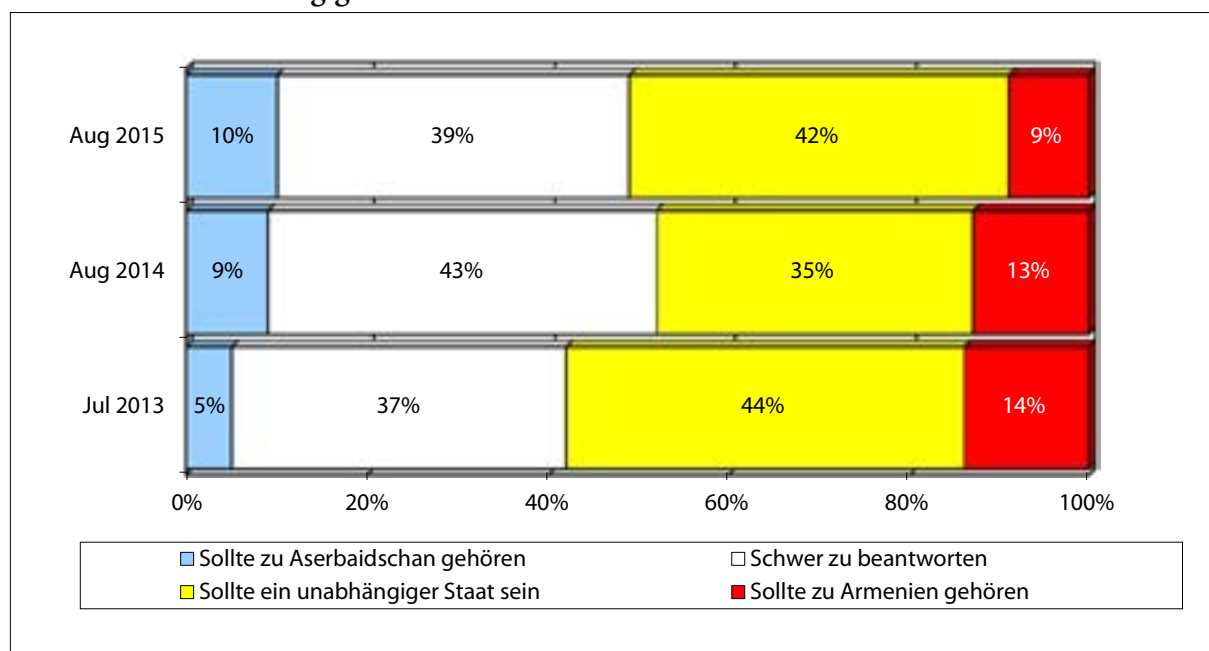
Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums vom September 2004 bis 21.–24. August 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/print/21-09-2015/politicheskii-status-abkhazii-i-yuzhnoi-ossetii>>, 21. September 2015

Grafik 11: Was denken Sie, Abchasien ist ...



Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums vom September 2004 bis 21.–24. August 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/print/21-09-2015/politicheskii-status-abkhazii-i-yuzhnoi-osetii>>, 21. September 2015

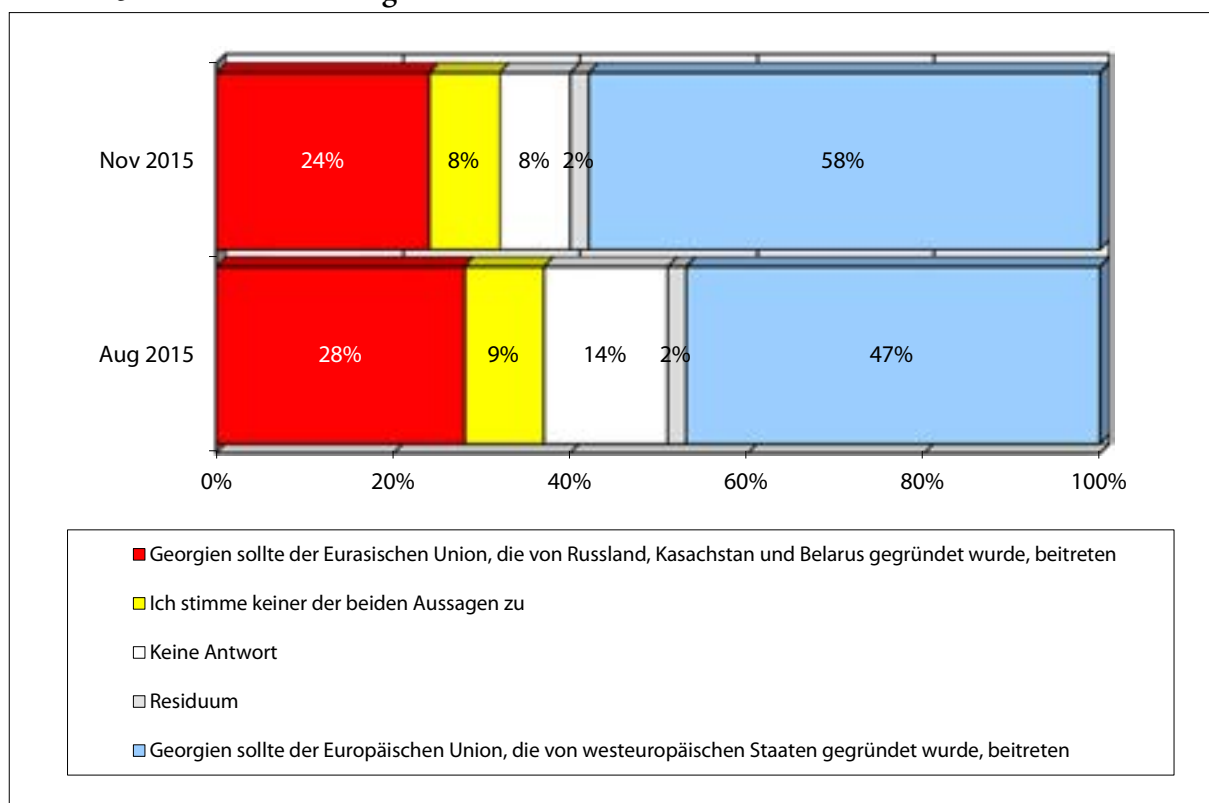
Grafik 12: Was denken Sie, sollte Bergkarabach zu Aserbaidshan oder Armenien gehören oder ein unabhängiger Staat sein?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums vom Juli 2013 bis 21.–24. August 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/print/21-09-2015/politicheskii-status-abkhazii-i-yuzhnoi-osetii>>, 21. September 2015

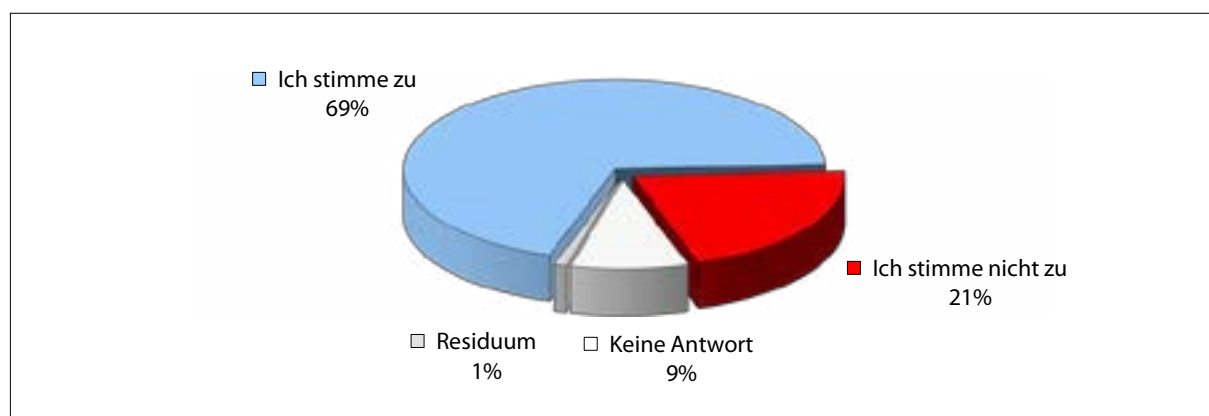
Georgiens Außenpolitik in georgischen Umfragen

Grafik 13: Welcher der Aussagen stimmen Sie zu?



Quelle: *Public attitudes in Georgia. Results of a November 2015 survey carried out for NDI by CRRC Georgia*; <https://www.ndi.org/files/NDI_Winter%20poll_2015_Public%20presentation_ENG_version%20FINAL_0.pdf>, S.33 und S. 28

Grafik 14: Stimmen Sie dem von der Regierung erklärten Ziel, der NATO beizutreten, zu oder nicht zu?



Quelle: *Public attitudes in Georgia. Results of a November 2015 survey carried out for NDI by CRRC Georgia*; <https://www.ndi.org/files/NDI_Winter%20poll_2015_Public%20presentation_ENG_version%20FINAL_0.pdf>, S.33 und S. 28

Die Debatte um das Verfahren gegen Nadeschda Sawtschenko

Sergej Medvedev, Moskau

Am 9. März fand die letzte Gerichtssitzung im umstrittenen Prozess gegen Nadeschda Sawtschenko statt. Die ukrainische Militärangehörige und Freiwillige des Bataillons »Ajdar« war 2014 in der Ostukraine von Separatisten gefangen genommen worden und auf ungeklärte Weise in die Hand russischer Behörden gelangt, von denen sie dann vor Gericht gestellt wurde. Die russische Anklage wirft der ukrainischen Kampfpilotin vor, an dem Artillerieangriff im Gebiet Lugansk als Koordinatorin beteiligt gewesen zu sein, bei dem zwei russische Journalisten getötet wurden. Die Staatsanwaltschaft fordert 23 Jahre Freiheitsentzug. Das Urteil soll am 21. und 22. März verkündet werden. Sawtschenko bestreitet die Anschuldigungen. Die Verteidigung weist darauf hin, dass die Angeklagte bereits in Gefangenschaft war, als die russischen Journalisten getötet wurden. Ihr Schlusswort sprach Sawtschenko in der südrussischen Provinz Rostow auf Ukrainisch; sie äußerte sich dabei scharf zum »totalitären Regime« in Russland, drohte auch dem Kreml mit einem »Maidan«, sprang dann auf die Bank, zeigte den »Stinkefinger« und sagte, das sei ihr letztes Wort. Wegen »ungebührlichen Verhaltens« vor Gericht wurde ihr ein Arzttermin gestrichen. Aus Protest gegen ihre Inhaftierung war die ukrainische Pilotin 2015 mehrere Wochen in einem Hungerstreik gewesen. Am 3. März 2016 trat sie erneut in einen Hungerstreik, verweigerte dieses Mal aber nicht nur Nahrung, sondern auch Wasser. Am 10. März brach sie den Hungerstreik plötzlich ab, nachdem einer ihrer Rechtsanwälte ihr einen Brief übergeben hatte – angeblich ein Brief des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mit der Bitte, den Hungerstreik zu beenden. Am Folgetag stellte sich jedoch heraus, dass der Brief nicht von der ukrainischen Präsidentschaft stammt, sondern die Fälschung zweier Aktivisten war, die dadurch Sawtschenko das Leben retten wollten.

Im Vorfeld des letzten Verhandlungstages kam es vor der russischen Botschaft in Kiew und den Konsulaten in Charkiw, Odessa und Lwiw zu Protesten. Die Demonstranten forderten die sofortige Freilassung Sawtschenkos und bewarfen die offiziellen Vertretungen Russlands mit Steinen und Farbbeuteln. In Russland begingen Dutzende Aktivisten den internationalen Frauentag mit Mahnwachen für Sawtschenko. Nach Angaben des Menschenrechtsportals »MWD-Info« wurden dabei in Moskau 30 Demonstranten und in St. Petersburg 11 Menschen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz von der Polizei festgenommen. Darüber hinaus forderten Hunderte prominente Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende sowie mehrere Mitglieder des russischen PEN-Klubs, darunter die Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch, die Freilassung der ukrainischen Pilotin. Die Menschenrechtsorganisation Memorial erkannte Sawtschenko als politische Gefangene an. Die ehemalige Chefin des russischen Senders REN-TV, Irena Lesnewskaja, veröffentlichte am Frauentag einen emotional geladenen Appell an Wladimir Putin. Grigorij Jawlinskij, einer der Gründer der russischen Oppositionspartei »Jabloko«, nannte in seinem Blog die Gerichtsverhandlung um Sawtschenko eine Abrechnung des Kreml. Der kremlnahe Blogger Alexej Ostalzew kritisierte die Protestaktion der ukrainischen Kampfpilotin im Gericht scharf und bezeichnete es als typisches Verhalten aller Ukrainer.

Die Leiterin des Auswärtigen Dienstes der EU Federica Mogherini sowie die Außenminister Frankreichs und der USA riefen den Kreml zur sofortigen Freilassung der ukrainischen Pilotin auf. Dutzende Abgeordnete des europäischen Parlaments forderten neue Sanktionen gegen Russland und veröffentlichten den Entwurf einer »Sawtschenko-Liste« mit 29 russischen Politikern und Beamten, die an der Inhaftierung der Ukrainerin beteiligt gewesen sein sollen, unter anderem Präsident Wladimir Putin, FSB-Chef Alexander Bortnikow und der Leiter des Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin. Der Kremlsprecher Dmitrij Peskow kritisierte das als Versuch europäischer Parlamentarier, sich in den Gerichtsprozess in Russland einzumischen. Zuvor hatte Maria Sacharowa, eine Vertreterin des russischen Außenministeriums, auf »Facebook« Stellung zu den Forderungen des US-amerikanischen Außenministers John Kerry genommen. Ihr Beitrag auf Facebook wurde viele Tausend Male *geliket* und *gesharet*.

Poroschenko gab am 9. März zum ersten Mal bekannt, dass ein Austausch von Nadeschda Sawtschenko nicht ausgeschlossen sei. Sergej Parchomenko, Journalist von »Echo Moskwy«, weist aber darauf hin, dass der Preis für den Austausch von Nadeschda Sawtschenko sehr hoch wäre. Die russischen Gefangenen in der Ukraine seien für den Kreml uninteressant, stattdessen habe man eher an Viktor But ein Interesse, der in den USA wegen Waffenhandels zu 25 Jahren Haftstrafe verurteilt wurde.

Lesnewskaja: Herr Präsident, stoppen Sie diese Willkür!

»Herr Präsident! Ich schreibe Ihnen am Vorabend des internationalen Frauentags als Bürgerin Russlands und als einfache Frau. In einem russischen Gefängnis und vor den Augen der ganzen Welt, stirbt im trockenen Hungerstreik eine mutige Frau – Nadeschda Sawtschenko!

Ich bitte, appelliere an das Menschliche, Christliche, ja Männliche in Ihnen, damit Sie diese Willkür beenden und Nadeschda unverzüglich gegen russische Gefangene austauschen oder sie durch Ihren Erlass begnadigen! Beleidigen Sie nicht Russland, seine Männer und Offiziere, die noch eine Vorstellung von Ehrgefühl haben!

Selbst wenn Sie eine ukrainische Offizierin, die die Souveränität ihres Landes verteidigt, für eine Feindin halten – haben Sie Respekt für Feinde! Ich betrachte Sie auch als ideologischen Feind; doch lassen Sie mich bitte den Präsidenten meines Landes wenigstens als jemanden wahrnehmen, der ein Mann ist!«

Irena Lesnewskaja am 6. März 2016 bei »Echo Moskwy«; <<http://echo.msk.ru/blog/echomsk/1725006-echo/>>.

Jawlinskij: Das Gerichtsverfahren gegen Sawtschenko ist ein Akt der Vergeltung des Kreml

»Die russische Justiz hat wieder einmal unter Beweis gestellt, dass ihr Ruf nicht nur auf dem Nullpunkt, sondern im Minusbereich angekommen ist. Das Regime hat mit Nadeschda Sawtschenko öffentlich abgerechnet. Es war eben ein Akt der Vergeltung und kein Akt der Rechtsprechung. Dem Regime ging es in diesem Gerichtsprozess ganz offensichtlich nicht um eine objektive Untersuchung des Todes unbewaffneter russischer Bürger im Osten der Ukraine, sondern vielmehr darum, Rechnungen zu begleichen. Deswegen geriet das Gerichtsverfahren zu einem schändlichen, einseitigen Prozess.

Eine gerechte Verhandlung des Falls Sawtschenko, wie auch generell eine Untersuchung der Ereignisse der letzten zwei Jahre im Südosten der Ukraine sind nur unter der Zuständigkeit eines speziell eingerichteten internationalen Gerichts möglich. Eines Gerichts, das Recht spricht, und nicht einen politischen Schauprozess veranstaltet.«

Grigorij Jawlinskij am 9. März 2016 auf »Facebook«; <<https://www.facebook.com/yavlinsky.yabloko/posts/1021195584640265>>.

Ostalzew: Recht – das ist zu kompliziert für Abkömmlinge eines Vergeltungsbataillons

»Sawtschenko verkörpert sehr gut die heutige Ukraine.

Sie versteht aufrichtig nicht, was sie vor Gericht soll. Und zwar nicht nur, weil sie vor einem russischen Gericht steht. Sondern weil sie Gericht als Erscheinung generell nicht versteht. Recht – das ist zu kompliziert für Abkömmlinge eines Vergeltungsbataillons.

Das Bewusstsein Sawtschenkos, wie auch das kollektive Bewusstsein der Ukraine, befindet sich in einem »prärechtlichen« Feld – in einer Ära, in der ein Lebensweg von Macht, List, Erfolg und Schläue abhing. Deswegen springt sie wie ein Orang-Utan auf den Stuhl und zeigt dem Richter den Mittelfinger, denn nur so wurden in der »prärechtlichen« Gesellschaft Probleme gelöst.

Die gerichtliche Suche nach der Wahrheit ist zu lang, zu langweilig und zu unverständlich. [...]

Wir, die Russen, versuchen uns in dem Fall Sawtschenko an ein Strafrecht zu halten, vor dem alle gleich sind. Aber das alles verblasst vor dem energischen »Ruhm der Ukraine!« und dem Widerhall »Ruhm den Helden!«. Und genau darin besteht das ganze Wesen der ukrainischen Willkür.«

Alexej Ostalzew am 10. März 2016 bei »vz.ru«; <<http://vz.ru/club/2016/3/10/798640.html>>.

Sacharowa: Die USA instrumentalisieren die Menschenrechte

»Morgen soll eine Gerichtsverhandlung zum Fall N. Sawtschenko stattfinden. Am Vorabend wurde die Stellungnahme J. Kerrys veröffentlicht, dem Außenminister der USA, in der von dessen tiefer Besorgnis um das Schicksal von N. Sawtschenko die Rede ist, u. a. wegen ihres Hungerstreiks, wegen »mutmaßlicher« »erzwungener psychiatrischer Begutachtung« und Einzelhaft und davon, dass ihre andauernde Inhaftierung angeblich von der Missachtung internationaler Standards durch Russland und einem Verstoß gegen das Minsker Abkommen zeugt. Am Ende wird an Russland appelliert, N. Sawtschenko unverzüglich freizulassen und sie in die Ukraine zurückzubringen.

All das ruft Zweifel an der Autorenschaft hervor.

Es kann nicht sein, dass J. Kerry

1. Nicht weiß, dass N. Sawtschenko im Minsker Abkommen mit keinem Wort erwähnt wird und dieser Fall unter keine der dort festgehaltenen Bestimmungen fällt.
2. Nicht versteht, dass die Veröffentlichung eines Appells zur Freilassung der Angeklagten einen Tag vor der Gerichtsverhandlung direkten Druck auf das Gericht ausübt, mit dem Ziel der Einflussnahme auf dessen Entscheidung.
3. Sich nicht an die russischen Opfer amerikanischer »Linkssprechung« erinnert (But, Jaroschenko und andere), die Washington schon seit Jahren nicht »unverzüglich freilassen« will, und die erst nach der Einmischung von Vertretern des russischen Außenministeriums medizinische Behandlung erhielten.

4. Sich nicht bewusst ist, dass die veröffentlichte Stellungnahme vor dem Hintergrund der monatlich erscheinenden neuen Informationen über CIA-Geheimgefängnisse und das Schicksal des ausländischen Kontingents von Guantanamo, das jenseits des Gerichtssystems und der Verfassung der USA steht, grotesk anmutet.
5. Nicht darüber nachdenkt, dass sein Ministerium kein Interesse an der Ermittlung der Ermordung zweier russischer Journalisten von WGTRK [Staatliches Rundfunkunternehmen; d. Red.] gezeigt hat. I. Korneljuk und A. Woloschin waren Journalisten, die zum Zeitpunkt ihres Tods ihren Beruf ausübten. Das völlige Desinteresse an der Suche nach Mördern von Medienvertretern, deren Schicksal dem US-Außenministerium in der Regel doch so sehr am Herzen liegt, stellt einen unmittelbaren Beweis dafür dar, dass Washington die menschenrechtliche Problematik ausschließlich zu politischen Zwecken einsetzt.
6. Nicht ahnt, dass die USA bei der Zahl illegal entführter ausländischer Staatsangehöriger sich für mehrere Jahre im Voraus eine Führungsrolle gesichert hat, wobei sich niemand im Wettbewerb mit ihnen befindet. Nicht mal im Ansatz. Und letztendlich sollte man sich vor der Veröffentlichung eines solchen Appells festlegen, ob eine Rechtsanwendung außerhalb des Hoheitsgebiets legal ist oder nicht. [...]«

Maria Sacharowa am 8. März 2016 auf »Facebook«; <<https://www.facebook.com/maria.zakharova.167/posts/10209148447537985>>.

Parchomenko: Russland könnte Sawtschenko gegen But austauschen

»[...] Russland ist bereit, Sawtschenko auszutauschen. Aber nicht gegen russische Militärangehörige in ukrainischer Gefangenschaft (etwa Jerofejew und Alexandrow). Sondern gegen Viktor But, der in den Staaten wegen einer Reihe von Verbrechen zu 25 Jahren »Gefängnis unter maximal strengen Haftbedingungen« verurteilt wurde, darunter wegen »*criminal conspiracy* zur Waffenlieferung an terroristische Organisationen«. Ganz nebenbei: In der Debatte um den Fall But tauchte ziemlich oft der Name Igor Setschin auf, der mit But als Dolmetscher in Mosambik gearbeitet hat und ihn gut kannte.

Damit ist alles klar.

Die Chancen, dass die USA But gegen Sawtschenko austauschen, gehen aber meiner Ansicht nach gegen Null.«
Sergej Parchomenko am 11. März 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/serguei.parkhomenko/posts/10208679917584794>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Moskau
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

4, nein 1, nein 2 Russland!

Jens Siegert, Moskau

Noch vor weniger Jahren galt es als ausgemacht, dass die russische Gesellschaft sich zunehmend sozial und regional fragmentiert: in Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer; in (groß-)städtische Mittelschichten und abgehängte Landbevölkerung; in ein modern-postmodernes, profanes und ein vormodern-patriarchalisches, in Teilen tief religiöses Russland.

Den öffentlich größten Widerhall dazu hatte wohl die von Natalja Subarewitsch im Herbst 2011 aufgestellte These von den *Vier Russland*, die nur noch wenig miteinander gemein haben und zudem immer weiter auseinander streben: die modernen Megapolen Mos-

kau und St. Petersburg sowie andere Millionenstädte (in denen bei den Wahlen 2011 und 2012 eher gegen Putin gestimmt wurde); die veralteten Industriezentren und die sogenannten Monostädte (in denen eher für Putin gestimmt wurde, weil Staatstransfers ihren bescheidenen Wohlstand sicherten); die Kleinstädte und Dörfer, aus denen die jungen Menschen fortgehen und in denen die Alten früh sterben (hier gab und gibt es kaum noch Hoffnung); die nationalen Republiken und Gebiete, deren oft eher archaische soziokulturelle Strukturen sich vom Rest des Landes erheblich unterscheiden (und die, vorwiegend als Loyalitätsbezeugung,

mehrheitlich für diejenigen stimmen, die in Moskau an der Macht sind).

Das war vor weniger als fünf Jahren. Seither ist alles ganz anders geworden, denn kurz darauf passierten zwei Dinge: zuerst der Protestwinter 2011/2012 und die daraufhin von Putin entfachte konservativ-nationalistische Wende, dann 2013/2014 der demokratische Aufstand auf dem Kiewer Maidan und die anschließende Annexion der Krim durch Russland. Wladimir Putin, dessen Zustimmungswerte in Umfragen seit 2010 bis dahin langsam aber sicher immer weiter gesunken waren (wenn auch, zugegebenermaßen von einem sehr hohen auf ein immer noch recht hohes Niveau), drehte den Trend zu seinen Gunsten. Ja, es gelang ihm am Anfang der *Die-Krim-ist-unser-Euphorie* sogar den ihm und seiner Politik ablehnend gegenüberstehenden (deutlich kleineren) Teil der Gesellschaft zu spalten und einige der früheren Kritiker auf seine Seite zu ziehen. Anstelle von 15 bis 20 Prozent Opposition gab es im Frühjahr 2014, jedenfalls Umfragen zufolge, nur noch 5 bis 10 Prozent, die Putins Politik insgesamt, also Innen- wie Außenpolitik, ablehnten.

Natalja Subarewitsch begann davon zu sprechen, dass ihre These der sozioökonomischen und territorialen Spaltung des Landes grundsätzlich zwar immer noch stimme, aber, wenn man so wolle, »vorrübergehend tot« sei. Die *Vier Russland* seien ein »rationalistisches und langfristiges Modell«, das aber in der gegenwärtigen Situation besonderer nationaler Mobilisierung außer Kraft gesetzt worden sei (<http://www.novayagazeta.ru/politics/66622.html>). Aus *Vier Russland* habe es Putin also verstanden, erst einmal wieder *eins* zu machen.

Allerdings war auch das Modell der *Vier Russland* schon nicht ganz vollständig. Denn zu dieser Teilung des Landes kam auch vor fünf Jahren schon eine zwar in vielen Bereichen feststellbare, aber trotzdem nicht vollständig deckungsgleiche soziokulturelle Spaltung. Man könnte sie als eine Spaltung in ein modern-aufgeklärtes und ein vormodern-patriarchales Russland bezeichnen. Auf der einen Seite diejenigen, wohl eine Mehrheit, denen die Moderne mit ihren freiheitlichen Zumutungen und der persönlichen Verantwortung für das eigene Schicksal Schmerz und Pein verursacht. Auf der anderen Seite diejenigen, klar in der Minderheit, die in eben dieser *offenen Gesellschaft* den einzigen Weg des Landes aus den Verstrickungen der diktatorischen und gewaltsamen Vergangenheit und Gegenwart sehen (ausführlich darüber in diesen Notizen: <http://russland.boellblog.org/2012/05/02/1-2-3-4-viele-russland-als-gespaltenes-und-spaltung-furchtendes-land/>).

Wie die *Kascha*, der Brei im Kopf vieler Menschen aus der ersten Gruppe aussieht, habe ich vor einem halben Jahr in einer Art *Gedankenstrom* zu fassen versucht

(<http://russland.boellblog.org/2015/11/18/kascha-oder-am-anfang-war-die-sowjetunion/>). Heute soll es weniger um dessen Inhalt gehen (obwohl auch der zur Illustration gezeigt werden wird). Wichtiger scheint mir, dass diesem *Weltbild* (wenn ich das mal so nennen darf) der größeren Hälfte der Menschen in Russland, ein völlig (ja: völlig!) anderes *Weltbild* der kleineren Hälfte gegenübersteht. Mehr noch: Diese beiden Vorstellungen davon, wie die Welt ist, wie sie funktioniert, also was passiert ist und was passiert, sind schlichtweg inkompatibel. Sie schließen sich zu großen Teilen aus.

Der St. Petersburger Politologe Dmitrij Trawin unterscheidet *diese* beiden Russland in eine »imperiale Mehrheit« und eine »demokratische Minderheit«. Erstere beziehe ihre *Informationen* (ihr *Wissen* davon, was in der Welt vor sich geht und vor sich gegangen ist) vorwiegend aus dem Fernsehen. Letztere dagegen sehe die Welt durch das »Prisma Internet« (<http://www.rosbalt.ru/blogs/2016/03/04/1495280.html>).

Die *russische Fernsehwelt* sieht demnach etwa so aus: Russland stand in den 1990er Jahren am Rande des Zerfalls. Schuld daran waren äußere (in erster Linie die USA) und innere Feinde (eine *fünfte Kolonne*). *Oligarchen* hatten das Land unter sich aufgeteilt und beförderten zusammen mit den *Liberalen* seinen Zerfall, weil es sich so besser ausbeuten ließ. Dazu gingen sie ein Bündnis mit der NATO ein, die sich bis an die Grenzen und in die *natürlichen Einflusszonen* Russlands ausweitete.

Dann tauchte zum Glück Wladimir Putin auf. Er entmachtete die Oligarchen und *vernichtete* die *tschetschenischen Terroristen*. Als Folge wurde das Leben schnell besser. Gehälter wurden wieder bezahlt und stiegen sogar an. Russland *erhob sich von den Knien* (dies ist zwar eine Phrase, aber eine sehr ernstzunehmende, oft zitierte und viel geglaubte), reformierte die Armee und holte (zumindest teilweise) zurück, was Russland *rechtmäßig* gehört: Abchasien, Südossetien, zuletzt die Krim.

Der Westen, die USA haben nun wieder vor Russland Respekt, ja sogar Angst, weshalb sie, gemeinsam mit den Arabern und den Türken, den Ölpreis zum Absturz brachten. Außerdem versuchen sie Russland mit ökonomischen Sanktionen dazu zu bringen, seinen selbstbewussten und an den eigenen Interessen orientierten Kurs wieder aufzugeben. Das wird aber nicht klappen, da die USA und der Westen insgesamt auf dem absteigenden Ast sitzen, während Russland zu den aufstrebenden Ländern dieser Welt zählt, was man auch an seiner Zugehörigkeit zur BRICS genannten Gruppe führender Schwellenländer sehen kann. Ja, die USA sind immer noch stark. Aber Russland ist nicht schwächer und das einzige Land der Welt (mit der Ausnahme von China vielleicht, das sich aber (noch?) zurückhält), das den Mut und die Kraft hat, dem amerikanischen Vor-

machtstreben die Stirn zu bieten. Auch deshalb wird Russland inzwischen fast überall auf der Welt wieder hoch geachtet.

Aus dem Internet ergibt sich dagegen ein ganz anderes Bild des Landes: Ein Zerfall Russland hat niemals gedroht. Lediglich Tschetschenien wollte Ende der 1990er Jahre Russland verlassen. Schon Jelzin hat aber Separatismustendenzen in einigen nationalen Republiken durch eine kluge Politik des »Herrsche und Teile« unter Kontrolle gebracht, indem er zum Beispiel den Tataren und Baschkiren einen großen Teil ihrer Öleinnahmen im Gegenzug zu ihrer Loyalität ließ. Nichts Anderes macht Putin übrigens heute mit Tschetschenien, nur dass zu den Öleinnahmen dort noch riesige Summen aus dem Staatshaushalt kommen.

In Tschetschenien hat Putin aber nur einen Scheinfrieden geschaffen. Der Preis dafür, dass Tschetschenien *formal* in Russland gehalten wird, bestand darin, es *de facto* zum Ausland zu machen. Dort leben fast nur noch Tschetschenen. Für alle anderen ist es unsicher. Selbst die russische Polizei und der Geheimdienst können in Tschetschenien nicht ohne Zustimmung des dortigen Führers Ramsan Kadyrow arbeiten.

Mit den *Oligarchen* hat Putin nicht aufgeräumt. Die meisten der in den 1990er Jahren angehäuften oligarchischen Vermögen sind weiter in den Händen der gleichen Leute. Die Auseinandersetzungen erst mit Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij und dann die Verhaftung von Michail Chodorkowskij haben nichts mit einer Änderung des polit-ökonomischen Systems in Russland zu tun, sondern dienen ausschließlich der Machtsicherung. Mehr noch: Neben die alten Oligarchen sind zahlreiche neue getreten, meist Leute aus dem Geheimdienst oder dem Freundeskreis Putins. Auf sie trifft das Label *Oligarch* sogar noch eher zu, da viele von ihnen politische und wirtschaftliche Macht vereinen.

Der wirtschaftliche Aufschwung der 2000er Jahre hat also nichts mit einem angeblichen Kampf gegen die Oligarchen zu tun oder ist einem sozialeren und gemeinnützigeren Wirtschaftssystem entsprungen, sondern ausschließlich der günstigen Ölpreiskonjunktur geschuldet. Die Modernisierung der russischen Wirtschaft wurde verschlafen, wenn nicht bewusst sabotiert. Die Folge sind eine Herrschaft der Bürokratie und eine damit verbundene überbordende Korruption, die das Land im Würgegriff hält. Angesichts der, wie es nun aussieht, andauernd niedrigeren Ölpreise droht dem Land eine langanhaltende wirtschaftliche Rezession, die noch viel gefährlicher werden könnte als die Krise von 1998.

Auch die Bedrohung durch die NATO ist aus den Fingern gesaugt. Nicht die NATO hat sich nach Osten ausgedehnt, sondern die mitteleuropäischen Länder haben bei der NATO Schutz gesucht, weil sie Russland nicht trauen. Und sie haben, wie Georgien, die Krim und die Ostukraine zeigen, recht gehabt und getan. Die Annexion der Krim hat zudem Russlands Einfluss in seiner Umgebung nicht gestärkt, sondern umgekehrt insbesondere die Ukraine und Georgien, zwei traditionell Russland gegenüber sehr freundlich gesinnte Länder, auf Dauer von Russland entfremdet. Auch wenn weder der EU- noch der NATO-Beitritt dieser beiden Länder in den kommenden Jahren auf der Tagesordnung stehen, so haben sie sich doch angesichts der russischen Aggression dauerhaft Richtung Westen orientiert. Auch alle anderen Nachbarn sind vorsichtiger geworden. Russland steht weitgehend allein da.

Nun sind solche Spaltungen nichts Besonderes für große Gesellschaften. Das ist in den USA so. In Europa, zum Beispiel in Frankreich und in Polen. Und seit neuestem deutet sich so etwas sogar in Deutschland an. Was heißt nun diese ja nicht neue, aber heute dominante und vom Staat betriebene Spaltung für Russland?

Das Interesse des Kremls ist klar. Er hat durch die Vertiefung der ohnehin schon vorhandenen Spaltung seine Macht im Land zu festigen verstanden. Die für den Machterhalt gefährlichen Tendenzen einer zunehmenden sozioökonomischen und regionalen Spaltung des Landes, wie sie Natalja Subarewitsch in ihren *Vier Russland* so eingängig gefasst hat, konnten in den Hintergrund gedrängt werden. Sie sind aber nicht verschwunden. Um die Zweiteilung des Landes entgegen dieser mittel- und langfristigen grundlegenden Entwicklung aufrecht erhalten zu können, bedarf es weiter einer ständigen Mobilisierung gegen äußere und innere Feinde. Die NATO und der Westen insgesamt, die *Faschisten* in der Ukraine, eine aus dem Ausland bezahlte *fünfte Kolonne* im Land, zuletzt die Türkei füllten bisher diese Rolle aus. Die verkündeten Siege über diese Feinde wärmten die Herzen einer nach Erfolgen und Anerkennung dürstenden Nation. Nach dem angekündigten (Teil)rückzug russischer Truppen aus Syrien dürfen wir nun also gespannt sein, welche (neuen oder alten) Feinde die Machthaber im Kreml als nächstes aus dem Hut zaubern. Ohne demokratische Reformen gibt es hier kein Zurück.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

3. – 17. März 2016

3.3.2016	Nadeschda Sawtschenko, eine ukrainische Militärangehörige, die auf ungeklärte Weise in die Hand russischer Behörden gelangt und von diesen wegen Mordes an zwei russischen Journalisten vor Gericht gestellt wurde, tritt in einen »trockenen Hungerstreik« ohne Flüssigkeitsaufnahme.
4.3.2016	Der Kursker Bahnhof in Moskau wird wegen einer Bombendrohung evakuiert. Die Sicherheitsdienste finden bei der anschließenden Durchsuchung des Gebäudes jedoch keinen Sprengstoff.
4.3.2016	Grigorij Jawlinskij, der Präsidentschaftskandidat der Partei »Jabloko«, lehnt einen Zusammenschluss seiner Partei mit der Oppositionspartei PARNAS mit Blick auf die anstehende Duma-Wahl ab. Ein solcher Zusammenschluss sei sowohl technisch als auch politisch so schnell nicht zu realisieren, so Jawlinskij in einem Interview mit »Interfax«.
4.3.2016	Zwischen den Regierungschefs Russlands, Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens findet eine Telefonkonferenz über die Waffenruhe in Syrien und künftige Friedensverhandlungen statt.
6.3.2016	Die russische Botschaft in Kiew wird in der Nacht zum 6. März von Demonstranten attackiert, die gegen das Verfahren gegen Nadeschda Sawtschenko protestieren. Tagsüber kommt es am Platz der Unabhängigkeit in Kiew zu einer Protestveranstaltung, auf der Hunderte Teilnehmer die Freilassung der in Russland angeklagten Pilotin fordern.
6.3.2016	In Tiflis bilden Demonstranten eine sechs Kilometer lange Menschenkette, um gegen die Verhandlungen der georgischen Regierung mit dem russischen Erdgaslieferant Gazprom über die Fortführung der Gaslieferungen aus Russland zu protestieren.
7.3.2016	Die Europäische Union verlängert die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt verhängten Sanktionen gegen Russland bis zum 15. September 2016.
7.3.2016	Der russische Sportminister Witalij Mutko und der Präsident des russischen Leichtathletikverbands Dmitrij Schljachtin weisen eine Verantwortung im Doping-Skandal um den russischen Leichtathletikverband von sich. Sie reagieren auf die WDR-Dokumentation »Geheimsache Doping: Russlands Täuschungsmanöver«, die am Sonntag, den 5. März, im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde und in der massive Verstöße gegen die Anti-Doping-Richtlinien aufgezeigt wurden.
8.3.2016	In Moskau werden 39 Personen festgenommen, die für die Freilassung der ukrainischen Pilotin Nadeschda Sawtschenko demonstrieren.
8.3.2016	Konstantin Romodanovskij, der Leiter des Föderalen Migrationsdienstes Russlands, teilt mit, dass in den vergangenen Tagen insgesamt 65 ausländische Staatsangehörige im Murmansk-Gebiet an der illegalen Einreise in die Europäische Union gehindert wurden. Sie sollen in die Heimatländer abgeschoben werden.
8.3.2016	Der »Rischskij rynok«, ein Blumengroßmarkt in der Nähe des Rigaer Bahnhofs in Moskau, wird nach einer Bombendrohung geräumt. Es handelt sich jedoch um einen Fehlalarm.
9.3.2016	Bei Sunsha (früher: Ordschonikidsewskaja) an der Grenze zwischen Inguschetien und Tschetschenien wird ein Minibus von Unbekannten gestoppt und in Brand gesetzt. Die Insassen, russische Menschenrechtler und skandinavische Journalisten, werden attackiert. Drei Personen müssen im Krankenhaus behandelt werden. Das örtliche Büro des Nowgoroder »Komitees zur Vorbeugung gegen Folter«, das die Reise organisiert hat, wird ebenfalls angegriffen.
9.3.2016	Präsident Wladimir Putin unterschreibt ein Gesetz, das die Regelung für die Durchführung von Wahlen und Referenden novelliert. U. a. wird die Akkreditierung von Journalisten für die Wahlberichterstattung geregelt.
10.3.2016	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen serbischen Amtskollegen Tomislav Nikolić. Bei den Gesprächen geht es unter anderem um das Verhältnis zwischen Serbien und der NATO. Serbien hatte vor kurzem Vertretern der NATO Sonderrechte und diplomatische Immunität eingeräumt. Im Gespräch mit Putin, erklärt Nikolić, Serbien bemühe sich um eine militärisch neutrale Position und lehne daher eine Mitgliedschaft in der NATO ab.
10.3.2016	Die Regierung der russischen Republik Komi muss zurücktreten, nachdem der Regierungsvorsitzende Wladimir Tukmakow wegen Verdacht auf Korruption entlassen wurde.
10.3.2016	Die in Russland angeklagte ukrainische Militärangehörige Nadeschda Sawtschenko beendet den »trockenen Hungerstreik«.
11.3.2016	In Nasran (Republik Inguschetien) wird in der Nähe einer Moschee eine Autobombe zur Explosion gebracht, als der Imam Chamsat Tschumakow die Moschee verlässt. Er wird leicht verletzt.
11.3.2016	Der russische Sportminister Witalij Mutko räumt eine Mitverantwortung am Dopingskandal ein. In den vorangegangenen Tagen waren insgesamt acht Fälle bekannt geworden, in denen russische Sportler positive Meldonium-Werte aufwiesen.
11.3.2016	In Moskau beginnen Arbeiter des großen Moskauer Bauunternehmens »Ingeokom« einen Streik, weil ihre Gehälter in den vergangenen Monaten nicht ausgezahlt wurden. Die Streikenden sind vorwiegend Arbeitsmigranten, die im U-Bahn-Bau beschäftigt sind.

11.3.2016	Das russische Innenministerium bestätigt die Erkenntnisse zum Tod Michail Lesins, denen zufolge Lesin durch einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand getötet wurde. Lesin war von 1999–2004 Medienminister, 2005–2008 Berater des Präsidenten und 2014–2015 Generaldirektor der »Gazprom Media« Holding gewesen.
12.3.2016	Alexej Nawalnyj berichtet auf seinem Blog mit Verweis auf Daten des US-amerikanischen Grenzschutzes darüber, dass 40 Tage nach dem Tod Michail Lesins, des ehemaligen »Gazprom-Media« Chefs, jemand mit dessen Pass die amerikanische Grenze überquert habe. Am darauffolgenden Tag erklären die US-Migrationsbehörden, dass die Ausreisemeldung eingestellt wurde, um Lesins Visum formal zu löschen. Dies sei das übliche Vorgehen in einem solchen Fall.
14.3.2016	Vom Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan startet eine Rakete mit einer Sonde, die die Atmosphäre des Mars untersuchen soll. Die Mission ist ein gemeinsames Projekt der europäischen Raumfahrtagentur ESA und der russischen Raumfahrtbehörde »Roskosmos«.
14.3.2016	Präsident Wladimir Putin erteilt dem Verteidigungsminister den Befehl, am 15. März mit dem Abzug eines Teils der russischen Truppen aus Syrien zu beginnen. Er erklärt, die Ziele der militärischen Operation seien zum Großteil erfüllt.
15.3.2016	Der »Allrussische interethnische Jugendverband« (WMSM) bittet den Generalstaatsanwalt und das Justizministerium, die Finanzierung von Alexej Nawalnyjs »Stiftung zum Kampf gegen Korruption« zu überprüfen, die Organisation als »ausländischer Agent« einzustufen und dem Vorwurf nachzugehen, die Stiftung entfachte ethnischen Hass.
15.3.2016	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB leitet ein Ermittlungsverfahren gegen mehrere hochrangige Beamte des Kulturministeriums und eine Reihe von Unternehmen wegen des Verdachts auf Korruption ein. Sie werden beschuldigt, Gelder aus dem Staatshaushalt entwendet zu haben, die für die Finanzierung von Restaurierungsarbeiten bestimmt waren. Der stellvertretende Kulturminister Grigorij Pirumow wird festgenommen.
16.3.2016	Igor Kaljapin, Leiter des »Komitees zur Vorbeugung gegen Folter«, wird in Grosnyj (Tschetschenien) unweit des Hotels »Grosnyj-City« überfallen, nachdem er nach eigenen Angaben wegen seiner Kritik an Replikoberhaupt Ramsan Kadyrow von der Hotelleitung zum Verlassen des Gebäudes gezwungen worden war.
16.3.2016	Der Föderale Dienst für die Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchhosnadsor) gibt bekannt, dass ab dem 17. März die Einfuhr von Paprika und Granatäpfeln aus der Türkei verboten wird.
16.3.2016	Alexander Sachartschenko, Oberhaupt der sogenannten »Volksrepublik Donezk« (DNR), gibt die Ausgabe eigener Personaldokumente der DNR bekannt.
17.3.2016	Die russische Regierung verabschiedet das neue Föderale Weltraumprogramm 2016–2025 mit einem Umfang von 1,406 Billionen Rubeln (ca. 18,8 Mrd. Euro) und einer ab 2022 möglichen Aufstockung um 115 Mrd. Rubel (ca. 1,45 Mrd. Euro).
17.3.2016	Präsident Wladimir Putin äußert sich vor Militärangehörigen zu den Kosten des Syrien-Einsatzes. 33 Mrd. Rubel (ca. 418 Mio. Euro) – der Hauptteil der Ausgaben – seien im letztjährigen Etat des Verteidigungsministeriums u. a. für Manöver vorgesehen gewesen und nun für den Einsatz verwendet worden. Am Vortag hatte Putins Pressesprecher Dmitrij Peskow Medienberichte dementiert, nach denen der Einsatz 38 Mrd. Rubel gekostet habe.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Neue Zeitschrift: »Russian Politics«

Die erste Nummer der neuen Zeitschrift »*Russian Politics*« ist nun erschienen. *Russian Politics* ist eine internationale, wissenschaftliche Zeitschrift (*peer reviewed*), die russische Regionalstudien mit politikwissenschaftlicher, juristischer, ökonomischer und historischer Expertise verbindet.

Sie ist bis zum 31. Dezember 2017 frei über die Website des Wissenschaftsverlages Brill zugänglich <<http://www.brill.com/products/journal/russian-politics>>, wenn Sie sich dort registrieren

»*Russian Politics*« wird von Dr. Cameron Ross (University of Dundee) herausgegeben. Die erste Nummer enthält folgende Artikel:

Sakwa, Richard: Back to the Wall: Myths and Mistakes that Once Again Divide Europe, in: Russian Politics, 1.2016, No. 1, S. 1–26.

Abstract

Europe is once again subject to an epidemic of wall and barrier building. The war in Ukraine is accompanied by the fortification of its border with Russia, while the Baltic republics are creating the foundations for what is an embryonic new 'iron curtain' dividing the Atlantic community from Eurasia. Elsewhere fences are being built to halt the flow of refugees and migrants. These new barriers symbolize the failure to build a Europe 'whole and free' in the post-Cold War era, and the failure of the era of globalization to create the conditions for security and development in Europe's neighborhood. The spate of 'walling' reflects not the strength of national sovereignty but its weakness, and not the power of the Atlantic community to spread prosperity, peace and security but the opposite. The era of globalization is accompanied by deepening disjuncture and contradictions, and European leaders have no coherent response. The roots of the crisis lie in the patterns established at the close of the original Cold War in the late perestroika years, with a power shift rather than the transcending politics espoused by Mikhail Gorbachev. The Malta summit of 1989 only partially repudiated the politics of Yalta. The asymmetrical end of the Cold War and the 25 years' crisis represented by the subsequent cold peace contained within itself the violence and the new divisions that now predominate. The myths and mistakes of the cold peace era need to be challenged and a new transformative politics envisaged.

Gel'man, Vladimir: The Politics of Fear: How Russia's Rulers Counter their Rivals, in: Russian Politics, 1.2016, No. 1, S. 27–45.

Abstract

This article attempts to analyze the mechanisms of political control used by the Kremlin vis-à-vis its rivals. Russian authorities had opted the politics of fear, which include overt intimidation and public discrediting of the regime's critics, and selective persecution and open harassment of opposition activists and/or supporters. This approach to political control to some degree reproduced similar mechanisms that had enabled regime survival in the late Soviet period, and fit general trends of repressive policies in a number of contemporary authoritarian regimes. The article discusses causes and mechanisms of the politics of fear in contemporary Russia, its roots in comparative and historical contexts, and strengths and weaknesses of repressive policy in Russia from the viewpoints of the regime, the opposition, and Russian society.

Gill, Graeme: The Basis of Putin's Power, in: Russian Politics, 1.2016, No. 1, S. 46–69.

Abstract

This paper focuses on the way Vladimir Putin has sought to build a power base within Russian politics. This base has rested on two foundations: institutional consolidation and elite management. With regard to the institutional basis, he has relied on the constitutional position of the presidency reinforced by the power vertical, the party of power, and the presidential apparatus. He has sought to manage the elite by means of his personal administrative style within a patrimonial context, the shaping of his popular image, and the reworking of the ideological and policy spheres. The paper concludes that although the resultant power base has been solid until now, there are tensions within it that may make it unsustainable in the long run.

Busygina, Irina: Putin's Russia: The State-Building Strategy, in: Russian Politics, 1.2016, No. 1, S. 70–94.

Abstract

Today state-building processes go on in many parts of the world. In this article I look at Russia's political development through the prism of state-building, with a focus on Putin's state-building strategy and the factors that have

made its realization possible. I argue that throughout the duration of his reign Putin distinguished himself as a vigorous and effective state-builder with a clearly defined state-building strategy. The paper examines his three-staged strategy: the weakening of Yeltsin's "ruling coalition" and the accumulation of resources; administrative reforms and policy changes; nation-building.

Bader, Max: The Reintroduction of Early Voting in Russian Elections: A Tool for Electoral Manipulation?, in: Russian Politics, 1.2016, No. 1, S. 95–111.

Abstract

An important change of electoral rules in Russia in recent years has been the reintroduction of early voting in elections at all levels. Because early voting had a reputation of being prone to abuse until it was banned in 2010, its reintroduction in 2014 was met with skepticism. This study examines whether early voting has been (again) used to manipulate electoral outcomes. It draws on a dataset, compiled by the author, of all 4,467 electoral races between the federal level and the lowest level of self-government held in the first year after the reintroduction of early voting. The study finds several indications for the manipulation of elections through early voting, including a significant association between early voting and reduced electoral competition.



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php